



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

BELARUS UND DIE EURASISCHE WIRTSCHAFTSUNION DIE AUSWEISUNG DER MENSCHENRECHTLERIN ALJONA TANKATSCHOWA

■ EDITORIAL		
Widersprüchliche Signale aus Minsk		2
Astrid Sahn, Berlin		
<hr/>		
■ ANALYSE		
Ringen um Dividenden		
Belarus und die Eurasische Wirtschaftsunion		4
Jauheni Prejherman, Minsk		
■ STATISTIK		
Der belarussische Außenhandel		8
■ UMFRAGE		
Zu Integrations- und Wirtschaftsfragen		13
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Ausweisung der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa		20
<hr/>		
■ CHRONIK		
1. Juli – 30. September 2014		24



Widersprüchliche Signale aus Minsk

Astrid Sahn, Berlin

Im Sommer 2014 wurde Minsk zu einem zentralen Ort der internationalen Verhandlungsbemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Am 26. August fanden in der belarussischen Hauptstadt gemeinsame Gespräche der Staatsechefs von Belarus, Kasachstan und Russland mit Vertretern der EU-Kommission und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko statt. Dabei kam es auch zu einem Vier-Augengespräch von Poroschenko und Russlands Präsident Putin, bei dem beide Seiten regelmäßige Treffen der Kontaktgruppe aus Vertretern der OSZE, Russlands, der Ukraine sowie der Separatisten aus Donezk und Luhansk verabredeten. Die Kontaktgruppe traf sich daraufhin mehrmals in Minsk und erzielte am 5. September eine vorläufige Waffenstillstandsvereinbarung für die umkämpften Gebiete sowie am 19. September ein Memorandum über die Einrichtung einer Pufferzone.

Vermittlung im Ukraine-Konflikt

Für die belarussische Führung waren die Minsker Verhandlungen in mehrfacher Hinsicht ein herausragendes Ereignis. Erstens besuchten erstmals seit den Präsidentschaftswahlen 2010 mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und den EU-Kommissaren Karel de Gucht und Günter Öttinger hochrangige EU-Vertreter das Land und zeigten sich öffentlich mit dem belarussischen Präsidenten. Damit konnte sich Aljaksandr Lukaschenka der belarussischen Bevölkerung als international anerkannter Friedensbringer präsentieren. Zweitens – und für die belarussische Führung mindestens genauso wichtig – war bei dem Minsker Gipfeltreffen nicht nur die unmittelbare Ukraine-Krise Gesprächsgegenstand, sondern es ging auch um Fragen des zukünftigen Verhältnisses zwischen der EU und den Staaten der Zollunion, die ab 1. Januar 2015 eine gemeinsame Wirtschaftsunion bilden werden. Da die Ukraine nach Russland der zweitwichtigste Handelspartner von Belarus ist, hat die belarussische Führung ein existentielles Interesse daran, dass das zwischen der EU und der Ukraine abgeschlossene Assoziationsabkommen mit den Regeln der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAW) vereinbar ist, um den Handel mit der Ukraine auf dem jetzigen Niveau zu halten oder gar zu steigern.

Umkämpfter EAW-Vertrag

Für die belarussische Führung sind gute Beziehungen zur EU und zur Ukraine auch deshalb wichtig, um die eigene Verhandlungsposition gegenüber dem Kreml zu verbessern. Wie konfliktbehaftet die Unterzeichnung und die Ratifizierung des EAW-Vertrags verliefen,

analysiert der Forschungsdirektor des Liberalen Clubs Jauheni Prejherman in seinem Beitrag in dieser Ausgabe. Prejherman zufolge besteht die Minsker Strategie darin, die eigene »geopolitische Ressource« möglichst teuer an den Kreml zu verkaufen, um Subventionen für die eigene Volkswirtschaft zu erhalten. Gleichzeitig gibt es für die belarussische Führung keine Alternative zur Beteiligung an den Integrationsvorhaben Moskaus. Verbesserte Beziehungen zur EU würden es ihr jedoch erlauben, den eigenen Handlungsspielraum gegenüber dem Kreml zu vergrößern. Und in begrenztem Maße gelingt es der belarussischen Führung durchaus, die Spielregeln des eurasischen Integrationsprozesses zu beeinflussen. Die Bereitschaft, sich einer hegemonialen russischen Integrationslogik zu widersetzen, dürfte zudem infolge der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch Russland gestiegen sein.

Verlängerung der EU-Sanktionen

Vor diesem Hintergrund hoffte die belarussische Führung offensichtlich darauf, dass die EU angesichts der Rolle von Belarus im Ukraine-Konflikt auf ihre politischen Forderungen verzichten und diese bei der Frage über die Verlängerung der bestehenden Sanktionen entsprechend honorieren würde. Am 30. Oktober beschloss der Europäische Rat jedoch, die Sanktionen um ein weiteres Jahr zu verlängern, da es weiterhin politische Gefangene gäbe und die Menschenrechtslage sich nicht verbessert habe. Es erfolgte lediglich eine Kürzung des von den Einreiseverboten und Finanzsperren betroffenen Kreises um 24 Personen und sieben Unternehmen, so dass die Verbotsliste aktuell 201 Personen und 18 juristische Personen umfasst. De facto hat die EU jedoch bereits eingestanden, dass den Sanktionen lediglich eine symbolische Bedeutung zukommt und sie nicht geeignet sind, die belarussische Führung zur Freilassung der politischen Gefangenen und zu Reformen zu bewegen. Denn seit Mai 2014 führt die EU Sondierungsgespräche mit dem offiziellen Minsk, in denen Modernisierungsfragen von gemeinsamem Interesse besprochen und das zukünftige Format der Beziehungen ausgelotet werden soll (sog. »Interimsphase«). Parallel hierzu änderte die EU auch das Format des Modernisierungsdialogs und ersetzte den direkten Dialog mit Opposition und Zivilgesellschaft durch den Auftrag an das Belarussische Institut für strategische Studien (BISS), konkrete Reformvorschläge für einzelne Sektoren im Dialog mit Behörden, Opposition und Zivilgesellschaft zu erarbeiten (Projekt »Reforum«).

Ausweisung der Menschenrechtlerin Tankatschowa

Das belarussische Außenministerium erklärte die EU-Entscheidung mit der »Trägheitskraft der Vergangenheit« und bedauerte »die verpasste Möglichkeit, das Haupthindernis für die Normalisierung der Beziehungen zu beseitigen«. Zugleich betonte das Außenministerium in seiner Stellungnahme explizit, dass die Verlängerung der Sanktionen in keiner Weise dem erklärten Ziel der EU, die Achtung für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien zu befördern, dienen würde. Wie um diese Worte zu bestätigen, wurde der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa, die seit Jahrzehnten als russische Staatsbürgerin in Belarus lebt und arbeitet, genau am 30. Oktober der Entzug ihrer Aufenthaltsgenehmigung mitgeteilt. Wenige Tage später folgte die Entscheidung, sie für drei Jahre des Landes zu verweisen.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure und Menschenrechtler, deren erste Reaktionen in der Dokumentation dieser Ausgabe nachzulesen sind, erklären den Ausweisungsbeschluss der belarussischen Behörden jedoch vor allem mit den für 2015 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Es ist auffallend, dass alle Stellungnahmen von einer monolithischen Zusammensetzung der belarussischen Führungsebene auszugehen scheinen. Dabei ließe sich auch die These vertreten, dass hinter der Ausweisung Tankatschowas nur bestimmte Kreise des belarussischen Establishments stehen, die mit entsprechenden Maßnahmen die Fortsetzung der Annäherung zwischen Belarus und der EU sowie eine daraus folgende

Einleitung von Reformen verhindern wollen. Die von BISS im Rahmen des Reform-Projekts durchgeführten Umfragen bestätigen, dass innerhalb des Staatsapparats der Reformbedarf klarer als innerhalb der allgemeinen Bevölkerung erkannt wird und es hinsichtlich der geeigneten Modernisierungspartner unterschiedliche Fraktionen gibt.

Alternativlose Dialogstrategie

Die EU sollte daher die eingeschlagene Strategie von Modernisierungsgesprächen mit dem offiziellen Minsk fortsetzen. Eine stringente Verknüpfung von konkreten Kooperationsvorhaben in gemeinsam identifizierten Interessensbereichen mit Verbesserungen im Demokratie- und Menschenrechtsbereich könnte dabei mehr Aussicht auf Erfolg haben als die nur symbolisch wirkenden Sanktionen – und damit die reformorientierten Kräfte im Staatsapparat stärken. Gleichzeitig muss die EU sich weiterhin mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Belarus solidarisch zeigen, solange diese Repressionen vonseiten der Behörden ausgesetzt sind. Strategisches Ziel sollte nach wie vor die Entwicklung von gemeinsamen Dialogplattformen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure bilden. Voraussetzung für eine Beendigung der Repressionspolitik ist aber auch eine wachsende Solidarität und Dialogbereitschaft innerhalb der belarussischen Zivilgesellschaft. Die 7.000 Unterschriften, die binnen weniger Tage zur Unterstützung von Aljona Tankatschowa gesammelt wurden, sind in dieser Hinsicht ein ermutigendes Zeichen.

Lesetipps:

- Belarussisches Institut für Strategische Studien: Belorusskie tschninowniki: Reguljator protiw regulirowanija, SA#09/2014RU, 29.10.2014, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/attached-files/BISS_SA09_2014ru.pdf>.
- Yachorau, Andrei /Zuikova, Alena: New cycle of EU-Belarus relations: dialogue in spite of actuality? Centre for European Transformation Policy Brief, Minsk 2014, <http://eurobelarus.info/files/userfiles/5/2014_EU-Belarus_New_circle-EN.pdf>.
- Europäischer Rat: Beschluss 2014/750/GASP DES RATES vom 30. Oktober 2014 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Belarus, <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014D0750&from=EN>>.
- Comment by the Press Service of the Ministry of Foreign Affairs of Belarus in Connection with the Decision of the European Union Council, 30.10.2014, <http://mfa.gov.by/en/press/news_mfa/fa615edd47a81f6d.html>.

Ringens um Dividenden

Belarus und die Eurasische Wirtschaftsunion

Jauheni Prejherman, Minsk

Zusammenfassung:

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland ist die belarussische Führung gezwungen, sich an allen Integrationsvorhaben des Kremls zu beteiligen. Zugleich beharrt sie jedoch darauf, für ihre Mitwirkung finanziell belohnt zu werden. Dies führt regelmäßig zu heftigen Auseinandersetzungen in den belarussisch-russischen Beziehungen, wie sich an der Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion beobachten lässt. Die EU und die Ukraine sind dabei für Minsk wichtige Akteure, um die eigene Position in den Verhandlungen mit Moskau zu stärken und die Souveränität des Landes zu schützen.

Seit 2010 hat sich die eurasische Integration von Belarus, Kasachstan und Russland rasant entwickelt. Mit der Bildung der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums wurden bereits zwei Integrationsstufen genommen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die EAW wird nun am 1. Januar 2015 das Format der Wirtschaftsunion erreicht. Zusätzlich zur gemeinsamen Außenhandelspolitik gegenüber Drittstaaten und zum ungehinderten, freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften zwischen den Mitgliedsstaaten soll nun auch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik treten.

Konfliktbehaftete Unterzeichnung

Allerdings war bereits die Unterzeichnung des Abkommens am 29. Mai 2014 in Astana durch die Präsidenten der drei beteiligten postsowjetischen Staaten konfliktbehaftet. Direkt nach der feierlichen Zeremonie kommentierte Russlands Präsident Wladimir Putin den der Unterzeichnung vorausgehenden Abstimmungsprozess mit folgenden Worten: »Das war keine einfache bzw. genauer eine sehr schwierige Arbeit und es war bis zum Schluss schwierig, Einigkeit in all diesen Fragen zu erzielen. Es gab Streit, um nicht das Wort Skandale zu gebrauchen. In jedem Falle waren es heftige Auseinandersetzungen und Debatten ...«.

Die heftigen Auseinandersetzungen und Debatten entfachten sich um die zahlreichen Ausnahmen und Einschränkungen, die für die vier Freiheiten – Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft – innerhalb des eurasischen Binnenmarktes gelten. Dem Vorsitzenden der Eurasischen Wirtschaftskommission Viktor Christenko zufolge bestanden Anfang 2014 über 600 Ausnahmen, d. h. Positionen, für welche die Regeln der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums nicht galten. Dabei handelt es sich um Waren, die für die Wirtschaften von Belarus, Kasachstan oder Russland besonders sensibel sind. Denn jede Regierung ist bestrebt, die Verluste für ihre eigenen nicht konkurrenzfähigen Produzenten zu begrenzen.

Für Minsk stellen vor allem die Ausnahmen, auf denen der Kreml im Handel mit Erdöl und Erdölprodukten besteht, einen Stein des Anstoßes dar. Aus diesem Grunde muss Belarus seit 2011 Zolleinnahmen an den russischen Staatshaushalt abführen, wenn es aus russischem Rohstoff hergestellte Erdölprodukte in Länder außerhalb der Zollunion exportiert. In 2011 beliefen sich die belarussischen Überweisungen in den russischen Staatshaushalt auf 3,07 Mrd. US-Dollar, in 2012 auf 3,85 Mrd. US-Dollar und in 2013 auf 3,31 Mrd. US-Dollar. Für die ersten acht Monate des Jahres 2014 führte Belarus 2,23 Mrd. US-Dollar ab. Damit reduzieren sich die Transferleistungen, welche Russland über die Vorzugspreise für Gas und Öl an Belarus leistet, spürbar. In 2012 beliefen sich diese Subventionen auf insgesamt 9,3 Mrd. US-Dollar oder 15,9 % des belarussischen BIP.

Bereits im Oktober 2013 äußerten die Präsidenten von Belarus und Kasachstan öffentlich Kritik an den Methoden der eurasischen Integration. Sie bemängelten, dass durch das hohe Tempo, in dem die Unterzeichnung immer neuer Abkommen über tiefere Integrationsformen erfolge, die ungelösten Probleme der bisherigen Integrationsstufen verdeckt würden. Bei der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrats am 29. April 2014 in Minsk schlug Lukaschenka sogar vor, die Bildung der Eurasischen Wirtschaftsunion um zehn Jahre zu verschieben, bis Russland bereit sei, auf alle Ausnahmen zu verzichten.

Begrenzte Minsker Erfolge

Im Endergebnis ließ sich die russische Seite nicht auf eine vollständige Aufhebung aller Ausnahmen vom gemeinsamen Binnenmarkt ein. Stattdessen gelten für sensible Warengruppen, zu denen auch Energierohstoffe gehören, Übergangsphasen, die z.T. erst 2025 enden. Um die Bereitschaft der belarussischen Führung, das EAW-Abkommen zu unterzeichnen, zu erhöhen, vergab der Kreml im Mai 2014 jedoch auch einige wichtige Geschenke an Belarus:

1. Es wurde verabredet, dass 1,5 Mrd. US-Dollar der durch den Export von Erdölprodukten erzielten

Zolleinnahmen ab 2015 in die belarussische Staatskasse fließen und lediglich der Restbetrag in den russischen Haushalt.

2. Es wurde eine Vereinbarung über die Lieferung von 23 Mio. t russischen Erdöls für das laufende Jahr nach Belarus unterzeichnet, zudem wurden 24 Mio. t für 2015 zugesagt. Damit wurde die vollständige Auslastung der erdölverarbeitenden Anlagen in Belarus garantiert. Zugleich entfällt die vierteljährliche Vereinbarung des Liefervolumens, die seit 2012 praktiziert wurde, so dass die belarussisch-russischen Beziehungen in diesem Bereich langfristiger prognostizierbar sind.
3. Lukaschenka zufolge hat Moskau auch neue Kreditmittel versprochen, u. a. eine neue Kreditlinie in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar.

Nichtsdestotrotz war die belarussische Führung mit den damals erzielten Ergebnissen nicht vollständig zufrieden. Dies war an den Äußerungen Lukaschenkas bei der Vertragsunterzeichnung in Astana zu erkennen, in denen er betonte, dass die Absprachen verbessert werden müssten: »... die weiteren Schritte zum Aufbau der EAW müssen eng verknüpft werden mit der Lösung der Fragen, die für die weitere Entwicklung des wechselseitigen Handels zwischen den Mitgliedsstaaten von herausragender Bedeutung sind.«

Das russische Steuermanöver

Nur wenige Monate später trat das Thema der Ausnahmen im Erdölsektor anlässlich der Ratifizierung des EAW-Vertrags erneut in den Vordergrund. Als zusätzlicher Auslöser wirkte dabei das von Russland im August 2014 beschlossene sogenannte »Steuermanöver«. Demnach erhöht sich die innerrussische Steuer für die Rohstoffgewinnung, während die Ausfuhrzölle für Erdöl und Erdölprodukte deutlich gesenkt werden. Dadurch soll, so die russische Regierung, die Effektivität der russischen Wirtschaft erhöht werden. De facto ermöglicht das »Steuermanöver« jedoch vor allem Russland, auf die Abtretung der Ausfuhrzölle durch Belarus zu verzichten, ohne dass dies mit wesentlichen Einnahmenverlusten für den russischen Staatshaushalt verbunden wäre.

Die russische Absicht, ein entsprechendes »Steuermanöver« durchzuführen, war seit langem bekannt. In Belarus wurde dieses Thema jedoch erst wenige Wochen vor der geplanten Ratifizierung des EAW-Vertrags in Politik und Öffentlichkeit virulent. Laut Aljaksandr Lukaschenka könnte Belarus durch die neue russische Steuerpolitik etwa 1 Mrd. US-Dollar verlieren. Anderen Einschätzungen zufolge liegen die zu erwartenden Verluste niedriger. Doch in jedem Falle handelt es sich um spürbare Auswirkungen auf den belarussischen Staatshaushalt und auf die Finanzlage der erdölverarbeiten-

den Betriebe. Aus diesem Grunde verlangte die belarussische Führung vom Kreml eine Entschädigung für die mit dem »Steuermanöver« verbundenen Verluste und machte die Lösung dieser Frage zur Voraussetzung für die Ratifizierung des EAW-Vertrags.

Diese Position wurde von Aljaksandr Lukaschenka mit folgenden Worten begründet: »Wir müssen hierdurch [= die Eurasische Wirtschaftsunion] mehr erhalten, als wir im Augenblick haben ... Wir müssen solche Schritte unternehmen, die uns Nutzen bringen. Wozu brauchen wir sie anderenfalls, wenn wir nichts davon haben?« Und obwohl die russische Führung mit dem Steuermanöver gegen keine Rechtsgrundlage der eurasischen Integration verstoßen hatte, erfüllte sie letztendlich die belarussische Forderung: In 2015 werden die gesamten Zolleinnahmen auf Erdölprodukte, die Belarus in Drittländer exportiert, dem belarussischen Haushalt zugeführt. Um welchen Betrag es sich hierbei handeln wird, ist derzeit schwierig vorherzusagen. Nach vorläufigen Einschätzungen könnte es sich um mehr als 2 Mrd. US-Dollar handeln, wobei hier die weiter oben erwähnten 1,5 Mrd. US-Dollar bereits eingerechnet sind.

Ratifizierung mit Vorbehalt

Den Differenzbetrag kann man somit als Preis für die Ratifizierung des EAW-Vertrags durch Belarus bezeichnen, die am 9. Oktober durch die beiden Kammer der belarussischen Nationalversammlung – die Repräsentantenkammer und den Rat der Republik – vollzogen wurde. Mit der Geburt des neuen Integrationsgebildes am 1. Januar 2015 erhält Belarus folglich einige kleinere zusätzliche finanzielle Boni von Moskau. Dennoch spricht die politische Führung weiterhin davon, dass die mit der EAW verbundenen Absprachen ihren Erwartungen und den nationalen Interessen des Landes nicht vollständig entsprechen. Damit sind zum einen die weiterhin bestehenden Ausnahmen und Einschränkungen im Handel gemeint. Zum anderen hat der Kreml die Überlassung der Exportzölle mit einigen Bedingungen verknüpft:

1. Die Vereinbarung gilt lediglich für das Jahr 2015, d. h. über das weitere Verfahren müssen gesonderte Verhandlungen geführt werden.
2. Die belarussischen Raffinerien sind verpflichtet in 2015 insgesamt 1,8 Mio. t Benzin nach Russland zu liefern, was etwas mehr als 10 % der von Belarus jährlich exportierten Menge an Erdölprodukten von 15 Mio. t entspricht. Sollte die monatliche Liefermenge von 150.000 t um 10 % unterschritten werden, darf Russland die Erdöllieferungen nach Belarus kürzen. Damit behält sich der Kreml ein gewisses Kontrollrecht über die Exportstrukturen vor.

Diese Vorgehensweise ist ein weiterer Indikator für das geringe Vertrauen, das zwischen den Bündnispart-

nern besteht. Als Folge dieses Vertrauensdefizits bzw. in Erwartung neuer Auseinandersetzungen zu Energie- und anderen Fragen hat das belarussische Parlament das Gesetz zur Ratifizierung des EAW-Vertrags mit einer speziellen Erklärung versehen. Seine Kernaussage lautet: Solange es keine bilaterale Absprache mit Russland bzw. keine trilaterale Absprache mit Russland und Kasachstan über die Aufhebung aller »Barrieren, Einschränkungen und Ausnahmen« im Handel mit sensiblen Waren und Dienstleistungen gibt, wird sich Belarus nicht zur strikten Einhaltung des EAW-Vertrags verpflichtet fühlen.

Auch wenn diese Erklärung lediglich politisch-deklarativen Charakter hat und ohne Auswirkung auf den Inhalt sowie die rechtliche Verbindlichkeit des EAW-Vertrags ist, so haben das Parlament und der Präsident hiermit eine Grundlage geschaffen, um eine eventuelle zukünftige Aufkündigung von mit der EAW eingegangenen Verpflichtungen moralisch rechtfertigen zu können. Bereits vier Tage nach der Ratifizierung des EAW-Vertrags formulierte Minsk Pressemitteilungen zufolge neue Forderungen an Russland und verlangte einen zusätzlichen Ausgleich für den Schaden, der den belarussischen Raffinerien durch das Steuermanöver entstünde.

Das Integrationsdilemma des Kremls

Dieses Verhalten ist nicht neu und überraschend. Es bringt vielmehr die spezifischen Grundlagen der Beziehungen zwischen Russland und den Staaten in seinem »nahen Ausland«, die der Kreml zu seinem vorrangigen Interessensgebiet erklärt hat, zum Ausdruck. Vereinfacht lässt sich sagen, dass diese Beziehungen auf dem Austausch von exklusiven Ressourcen beruhen. Die Nachbarstaaten Russlands tauschen ihre geopolitische Ressource – geopolitische Loyalität einschließlich enger Wirtschaftsbeziehungen – gegen russische Geld- und Energieressourcen ein.

Das Problem oder genauer die Tragödie der russischen Führung besteht darin, dass sie über keine anderen Integrationsressourcen als diese finanziellen Ressourcen in Form von Geldscheinen und Energieträgern verfügt. Alle anderen verfügbaren Ressourcen – die Armee, politische und wirtschaftliche Druckmittel – wirken letzten Endes desintegrierend. Dies lässt sich an den Beispielen Ukraine, Moldowa und Georgien, wo Russland Druckmittel eingesetzt hat, gut erkennen. Aus diesem Grunde bleibt Moskau keine andere Wahl, als das »nahe Ausland« für seine geopolitische Ressource zu bezahlen, wenn es seine Integrationsprojekte vorantreiben will.

Angesichts der anhaltenden Ukraine-Krise kann es sich die russische Führung erst recht nicht erlauben, seinen engsten Verbündeten eine Abfuhr zu erteilen. Für den Kreml ist es in der jetzigen Situation, in der er sich mit einer zunehmenden internationalen Isolation und

wachsenden wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sieht, besonders wichtig, nach Innen und nach Außen einen sichtbaren Fortschritt der eurasischen Integration zu präsentieren.

Die belarussische Führung sieht diese Lage genau und versucht sie maximal zu ihrem Vorteil zu nutzen. Daher wird es neue Integrationskonflikte geben. Auch hinsichtlich der Ambitionen von staatlichen und privaten Unternehmen aus Russland, zentrale belarussische Betriebe zu erwerben, sind neue Auseinandersetzungen zu erwarten. Hierzu gehören insbesondere die fünf sogenannten »Integrationsprojekte«, für die sich russische Staatsbedienstete aktiv einsetzen. Diese Projekte sehen die Vereinigung von belarussischen und russischen Unternehmen in bestimmten Branchen zu gemeinsamen Holdings vor, u. a. in der Kraftfahrzeugproduktion (das russische Kombinat »KamAS« und das belarussische Kombinat »MAS«), im Elektronikbereich (der russische Konzern »Peleng« und der belarussische Konzern »Integral«) sowie in der Chemieindustrie (der belarussische Konzern »Grodno-Asot« mit einem entsprechenden russischen Konzern).

Gleichzeitig kennt die belarussische Führung jedoch sehr gut die roten Linien in ihren Beziehungen zu Russland und wird diese niemals überschreiten. Diese bestehen vor allem im militärischen Bereich. So ist Minsk zwar bereit, sich auf eine offene Konfrontation mit dem Kreml in ökonomischen Fragen einzulassen, doch stimmt gleichzeitig beispielsweise der Bildung eines neuen Luftwaffenstützpunktes der russischen Streitkräfte in Babrujsk zu

Der Faktor Ukraine

Viele Experten gehen nicht ohne Grund davon aus, dass die Ukraine von Anfang das zentrale Ziel der Moskauer Integrationsbestrebungen gewesen ist. Genau aus diesem Grunde konnte Belarus die Rolle eines »Schaufensters der Integration« übernehmen und hieraus den Anspruch auf zusätzliche finanzielle Vorteile aus Moskau ableiten. Denn Moskau war zu großzügigen Gesten gegenüber Belarus bereit, um die Bürger der Ukraine davon zu überzeugen, dass sich die Teilnahme am Integrationsprozess lohnt.

Nach dem Fall des Janukowitsch-Regimes und der Eskalation in der Ostukraine hat sich diese Ausgangslage verändert. Heute steht die Frage einer möglichen Beteiligung der Ukraine an dem eurasischen Integrationsprozess nicht länger auf der Tagesordnung. Dennoch üben die Ereignisse in der Ukraine weiterhin großen Einfluss auf die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der EAW aus. So haben die Führungen von Belarus und Kasachstan die Moskauer Position in der Ukraine-Krise nicht unterstützt, sondern stattdessen versucht, eine neutrale Position einzunehmen. Im belarussischen Falle lässt sich dieses Bestreben mit zwei Faktoren erklären:

1. Es gibt wirtschaftliche Motive. Die Ukraine ist nach Russland der zweite Handelspartner von Belarus. In 2013 belief sich ihr Anteil am belarussischen Außenhandel auf 7,8 %, wobei der Saldo für Belarus eindeutig positiv ist. Einem Export im Wert von 4,2 Mrd. US-Dollar stand ein Import im Wert von 2,1 Mrd. Dollar gegenüber. Für die belarussische Volkswirtschaft mit ihrem chronischen Außenhandelsdefizit ist dieser Aspekt folglich von besonders hoher Bedeutung.
2. Es gibt politische Motive. Der Kreml hat mit seinem Verhalten gegenüber der Ukraine erneut demonstriert, dass er zu harten Maßnahmen bereit ist, welche die Grundlagen der postsowjetischen Staaten zerstören. Das ist für die belarussische Führung sicher keine neue Erkenntnis. Die Ereignisse haben ihr jedoch nochmals vor Augen geführt, wie wichtig es ist, jeden Millimeter an Souveränität im Rahmen der eurasischen Integration zu verteidigen und sich von Moskaus Verhalten in der Ukraine zu distanzieren. Und tatsächlich gelingt es Belarus bisher, diese Distanz zu halten. Minsk wurde zum Austragungsort internationaler Verhandlungen zur Regulierung der Krise in der Ost-Ukraine. Damit schützt sich die belarussische Führung auch vor Druck aus Moskau. Denn ein Land, das die Plattform für Verhandlungen bereitstellt, darf sich per definitionem nicht auf die Seite einer Konfliktpartei stellen. Ein weiterer Effekt dieser Position ist, dass die bereits seit Ende 2013 erkennbare Wiederbelebung der Kontakte zwischen Belarus und der EU sich verstärkt hat. Dabei handelt es sich nicht um einen Durchbruch in den Beziehungen. Die positive Dynamik ist jedoch ebenso unverkennbar wie der Wunsch des offiziellen Minsk, diesen Beziehungen gerade vor dem Hintergrund der eurasischen Integration eine neue Dynamik zu verleihen.

Über den Autor:

Jauheni Prejherman (geb. 1986) studierte Internationale Beziehungen und Europäische Politik in Minsk und Sussex und ist derzeit als Forschungsdirektor des Liberalen Clubs (<<http://liberalclub.biz>>) in Minsk tätig.

Lesetipps:

- Andrew Skriba / Robert Kirchner / Irina Tochitskaya: Belarus und die Eurasische Union: Geht es nur ums Öl? Newsletter GET Belarus, Nr. 29, Ausgabe Juli–August 2014, <http://get-belarus.de/download/Newsletter/2014/Newsletter_29_2014_GET%20Belarus.pdf>.
- Sean Roberts u. a.: The Eurasian Economic Union. Breaking the pattern of post-Soviet integration? The Finnish Institute of International Affairs, FIIA Analysis-3, September 2014, <http://www.fia.fi/en/publication/439/the_eurasian_economic_union/>.
- Yauheni Prejherman: The Pragmatism of an Allegedly Close Ally of Russia, in: Alina Inayeh / Daniela Schwarzer / Jörg Forbrig (Hg.): Regional Repercussions of the Ukrainian Crisis. Challenges for the Six European Partnership Countries, The German Marshall Fund, European Policy Paper 3/2014, S. 16–21, <http://www.gmfus.org/wp-content/blogs.dir/1/files_mf/1404920650Inayeh_UkraineCrisisRegionalOutlook_Jun14_web.pdf>.
- Belarusian Institute for Strategic Studies: Eurasian Review, <<http://belinstitute.eu/en/analyticscomments/eurasian-review>>.

Einseitiger Balanceakt

Auch nach dem Beitritt von Belarus zur Eurasischen Wirtschaftsunion bleiben die Grundlagen der belarussischen Außenpolitik unverändert. Insgesamt folgen diese durchaus rational den Interessen eines kleinen Landes, das sich an der Schnittstelle der Interessen von zwei Regionalmächten befindet. Belarus versucht, seine geopolitische Ressource maximal zu nutzen, und versucht daher weiterhin zwischen Russland und der EU zu balancieren. Da Moskau der zentrale »Geber« für die belarussische Volkswirtschaft ist, kann Minsk sich allerdings keinen ausgeglichenen Balanceakt erlauben. Die Bedeutung der EU für die belarussische Außenpolitik ist gleichwohl eine substantielle: Sie stärkt einerseits die belarussische Position in den Beziehungen zu Russland und hilft andererseits, den Kreml in Schranken zu halten.

Angesichts der angespannten Lage in der Region, den Konflikten innerhalb der EAW sowie der für 2015 geplanten belarussischen Präsidentschaftswahlen unternimmt das offizielle Minsk maximale Anstrengungen, um die Beziehungen zur EU zu normalisieren. Dabei sind selbstverständlich keine innenpolitischen Reformen zu erwarten, aber die Freilassung der politischen Gefangenen und einzelne Wirtschaftsreformen liegen durchaus im Bereich des Möglichen. Vorausgesetzt, dass die nächsten Präsidentschaftswahlen nicht zu einer neuen Krise in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU führen, könnte es Belarus daher gelingen, allmählich ein stabileres Gefüge seiner Beziehungen mit den beiden zentralen außenpolitischen Integrationspolen zu erreichen.

Übersetzung aus dem Russischen: Astrid Sahn

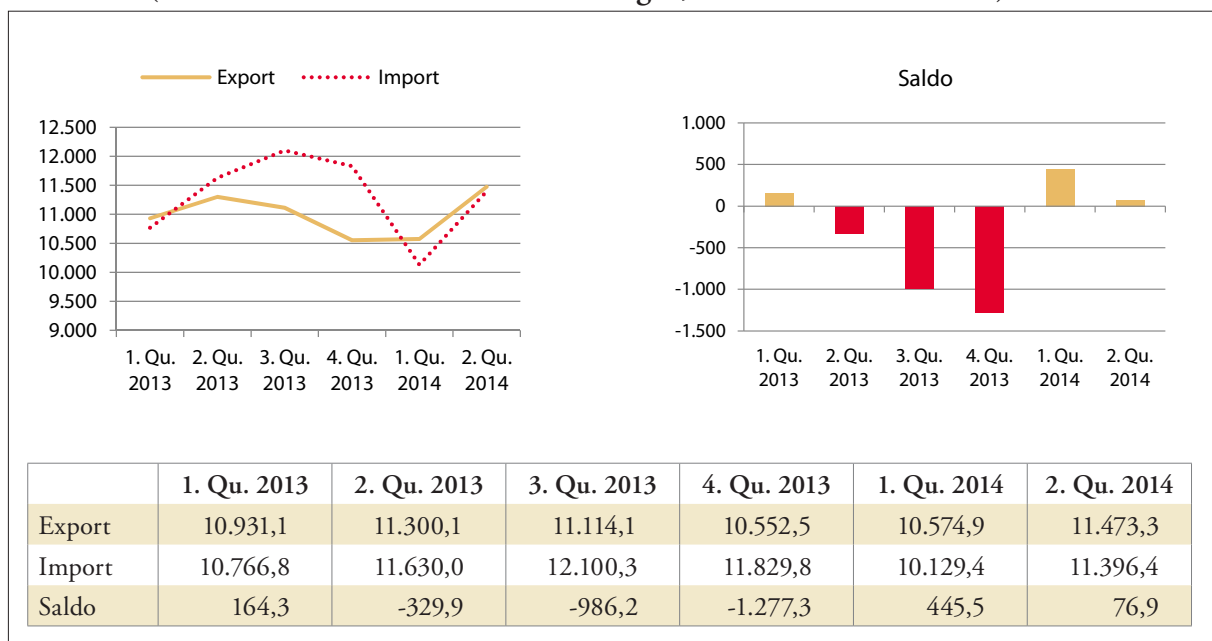
Der belarussische Außenhandel

Tabelle 1: Umsetzung der zentralen Indikatoren für die sozial-ökonomische Entwicklung für 2014

	Prognose für 2014	Tatsächliche Entwicklung für Jan.–Sept. 2014
Bruttoinlandsprodukt (in % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)	103,3	101,5
Inflationsrate (in % im Vergleich zum Dezember des Vorjahres)	max. 111	113,4
Export von Waren und Dienstleistungen (in % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)	108,6	99,1
Außenhandelsbilanz mit Waren und Dienstleistungen (in % zum BIP)	0,1	1,4
Real verfügbare Geldeinnahmen der Bevölkerung (in % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)	103	102,7

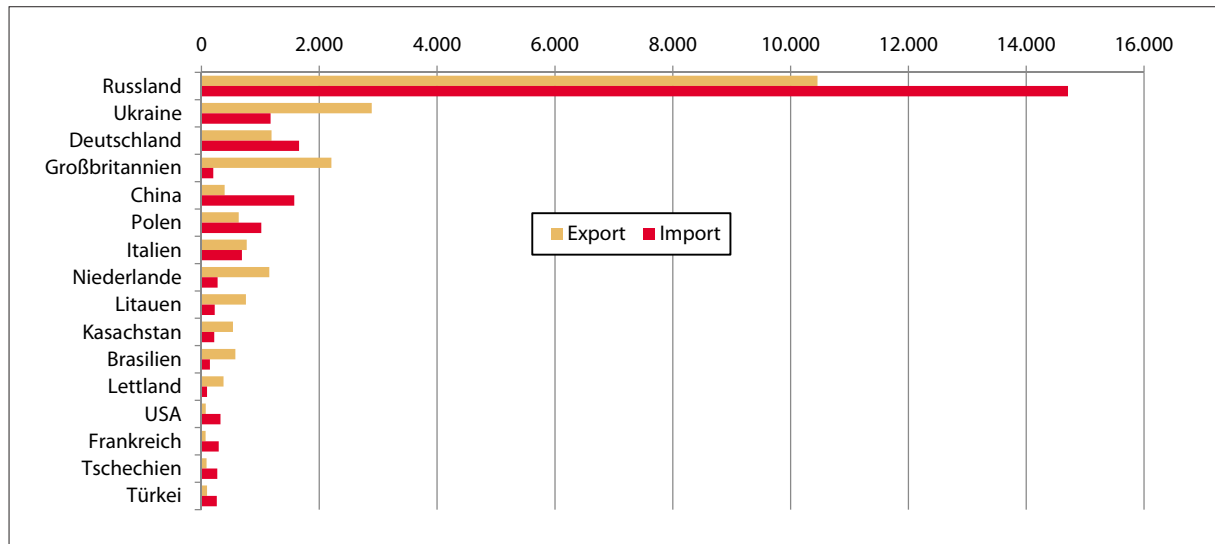
Quelle: *Sozialno-ekonomisticheskoe polozhenie Respubliki Belarus w janware – sentjabre 2014 g., Kapitel 1, S. 1,* <http://belstat.gov.by/bgd/public_bulletin?id=552>

Grafik 1: Dynamik des Außenhandels von Belarus 2013–2014
(Handel von Waren und Dienstleistungen, in Millionen US-Dollar)



Quelle: *Sozialno-ekonomisticheskoe polozhenie Respubliki Belarus w janware – sentjabre 2014 g., Kapitel 6, S. 1,* <http://belstat.gov.by/bgd/public_bulletin?id=552>

Grafik 2: Struktur des belarussischen Exports von Waren im Januar–August 2014 nach Ländern (in Mio. US-Dollar)



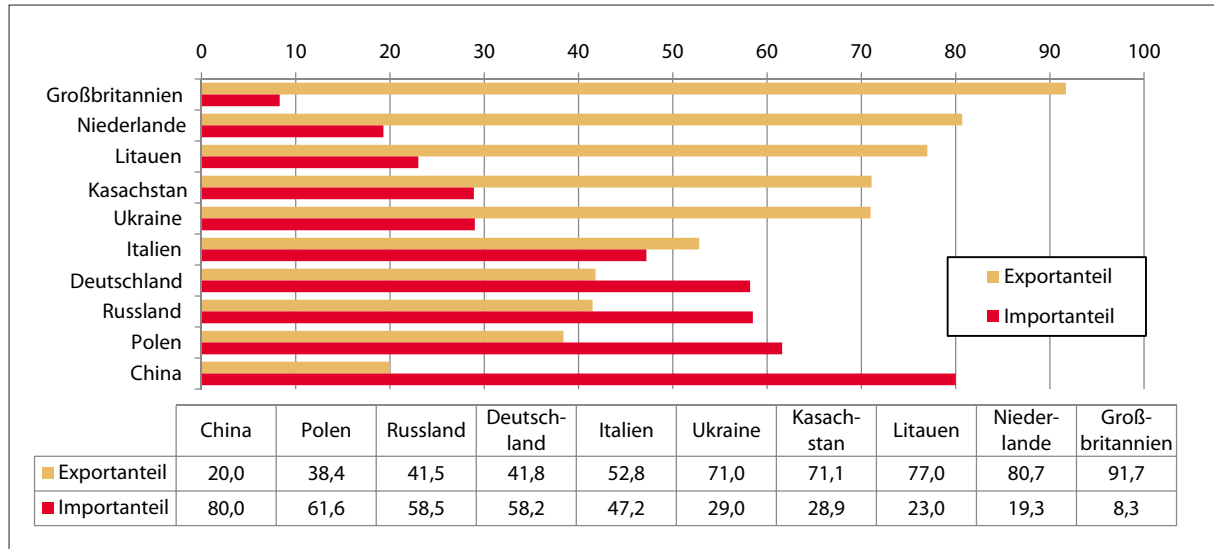
Quelle: Sozialno-ekonomisticheskoe polozhenie Respubliki Belarus w janware – sentjabre 2014 g., Kapitel 6, S. 19, <http://belstat.gov.by/bgd/public_bulletin?id=552>

Tabelle 2: Struktur des belarussischen Exports von Waren im Januar–August 2014 nach Ländern

	Export in Mio. US- Dollar	Anteil am Gesamlexport in %	Import in Mio. US- Dollar	Anteil am Gesamtimport in %
<i>Insgesamt</i>	25.159,9	100,0	26.712,0	100,0
Russland	10.455,5	41,6	14.709,0	55,1
Ukraine	2.889,4	11,4	1.174,2	4,4
Deutschland	1.189,9	4,7	1.658,7	6,2
Großbritannien	2.207,2	8,8	2.00,8	0,8
China	394,2	1,6	1.576,9	5,9
Polen	634,1	2,5	1.016,5	3,8
Italien	769,3	3,1	688,5	2,6
Niederlande	1.152,0	4,6	275,0	1,0
Litauen	754,1	3,0	224,8	0,8
Kasachstan	535,7	2,1	217,4	0,8
Brasilien	575,2	2,3	143,4	0,5
Lettland	376,4	1,5	96,3	0,4
USA	74,8	0,3	324,5	1,2
Frankreich	70,7	0,3	294,2	1,1
Tschechien	88,0	0,3	270,1	1,0
Türkei	96,0	0,4	260,6	1,0

Quelle: Sozialno-ekonomisticheskoe polozhenie Respubliki Belarus w janware – sentjabre 2014 g., Kapitel 6, S. 19, <http://belstat.gov.by/bgd/public_bulletin?id=552>

Grafik 3: Struktur des Außenhandels von Belarus im Januar–August 2014 mit ausgewählten Ländern (Handel von Waren, Import- und Exportanteil in %)



Quelle: *Sozialno-ekonomistheskoe polozhenie Respubliki Belarus w janware – sentjabre 2014 g., Kapitel 6, S. 19*, <http://belstat.gov.by/bgd/public_bulletin?id=552>

Tabelle 3: Dynamik des Außenhandels von Belarus mit den EAW-Staaten und der Ukraine 2005–2013: (Handel von Waren, in Millionen US-Dollar)

		2005	2010	2012	2013
Kasachstan	Export	183,5	464,8	806,9	870,4
	Import	31,1	405,8	119,0	82,4
	Saldo	152,4	59,0	687,9	788,0
Russland	Export	5.715,8	9.953,6	16.308,9	16.837,5
	Import	10.118,2	18.080,6	27.550,9	22.904,9
	Saldo	-4.402,4	-8.127,0	-11.242,0	-6.067,4
Ukraine	Export	907,8	2.560,1	5.557,2	4.195,8
	Import	893,9	1.879,3	2.309,5	2.053,5
	Saldo	13,9	680,8	3.247,7	2.142,3

Quelle: *Import / Eksport towarow Respubliki Belarus po stranam SNG*, <http://belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/otrasli-statistiki/torgovlya/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-___-po-_____gody_10/>

Grafik 4b: Dynamik des Außenhandels von Belarus mit den EAW-Staaten und der Ukraine 2005–2013 (Handel von Waren, in Millionen US-Dollar)



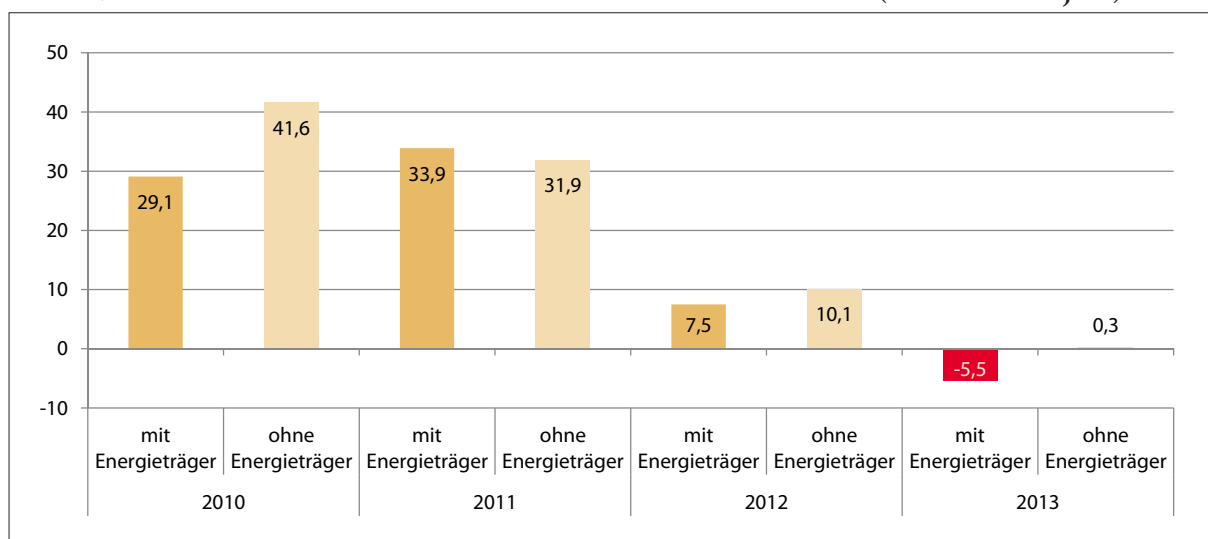
Quelle: Import / Eksport towarow Respubliki Belarus po stranam SNG, <http://belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/otrasli-statistiki/torgovlya/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-___-po-____gody_10/>

Tabelle 4: Dynamik des Außenhandels von Belarus mit den EAW-Staaten und der Ukraine Januar–September 2014

	Export in Mio. US- Dollar	% zum Vorjahres- zeitraum	Import in Mio. US- Dollar	% zum Vorjahres- zeitraum	Saldo in Mio. US- Dollar
Kasachstan	605,7	94,8	237,9	393,0	367,8
Russland	11.790,6	95,0	16.263,4	95,5	-4.472,8
Ukraine	3.187,6	97,3	1.317,0	85,2	1.870,6

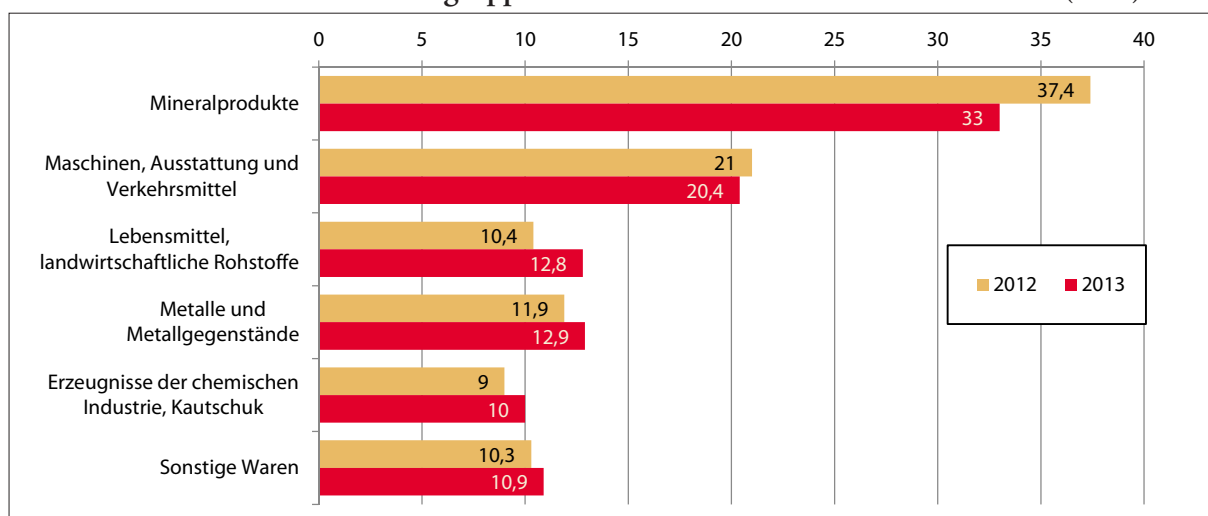
Quelle: Gosudarstwennyj tamozhennyj komitet Respubliki Belarus: Itogi wneschnej torgowli Respubliki Belarus sa 2014 goda, <http://gtk.gov.by/ru/stats/itogi_vnesh_torgovli2014>

Grafik 5: Zunahme des Warenhandels zwischen den EAW-Staaten (in % zum Vorjahr)



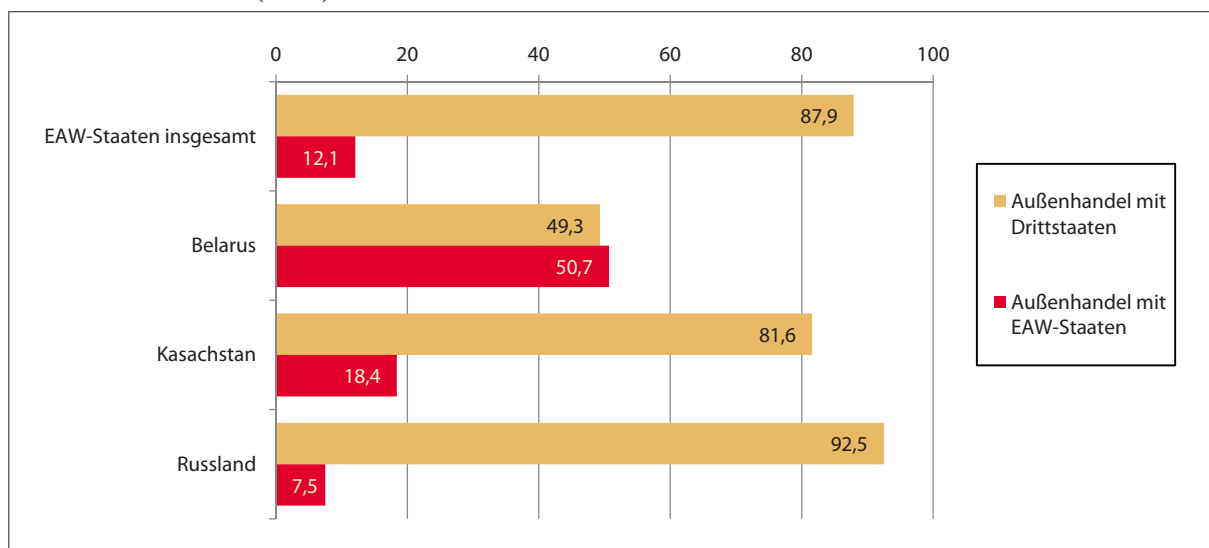
Quelle: Ewrasijskaja ekonomitscheskaja komissija: Godowoj ottshot sa 2013 g., S. 20, <http://eurasiancommission.org/ru/Documents/report_2013.pdf>

Grafik 6: Anteil einzelner Warengruppen am Handel zwischen den EAW-Staaten (in %)



Quelle: Ewrasijskaja ekonomitscheskaja komissija: Godowoj ottshot sa 2013 g., S. 20, <http://eurasiancommission.org/ru/Documents/report_2013.pdf>

Grafik 7: Anteil des Handels zwischen den EAW-Staaten am Gesamtaußenhandel der EAW-Staaten (in %)

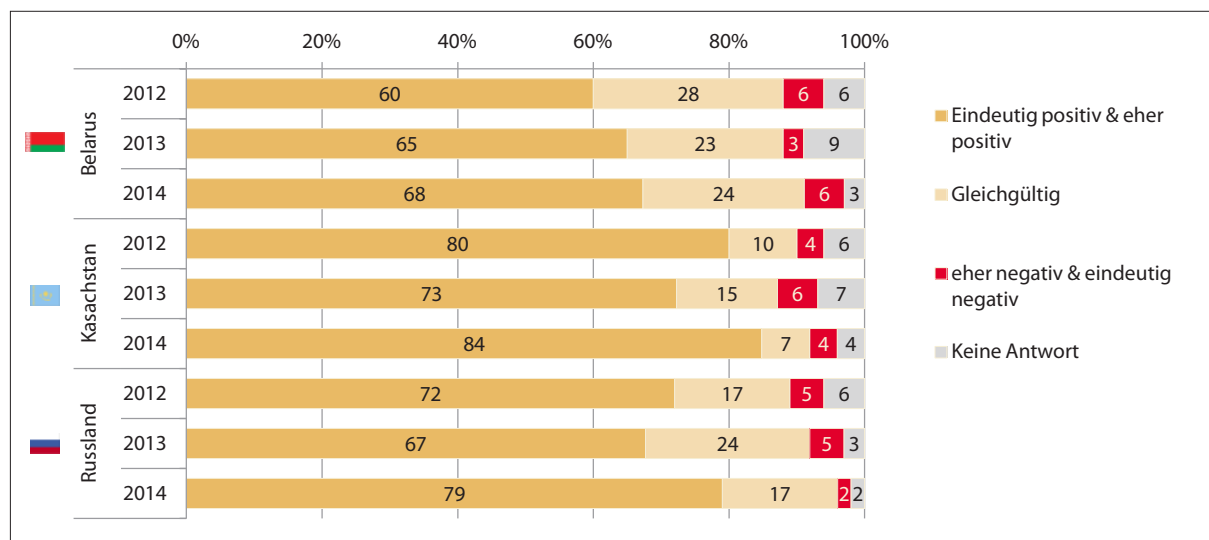


Quelle: Ewrasijskaja ekonomitscheskaja komissija: Godowoj ottshot sa 2013 g., S. 20, <http://eurasiancommission.org/ru/Documents/report_2013.pdf>

UMFRAGE

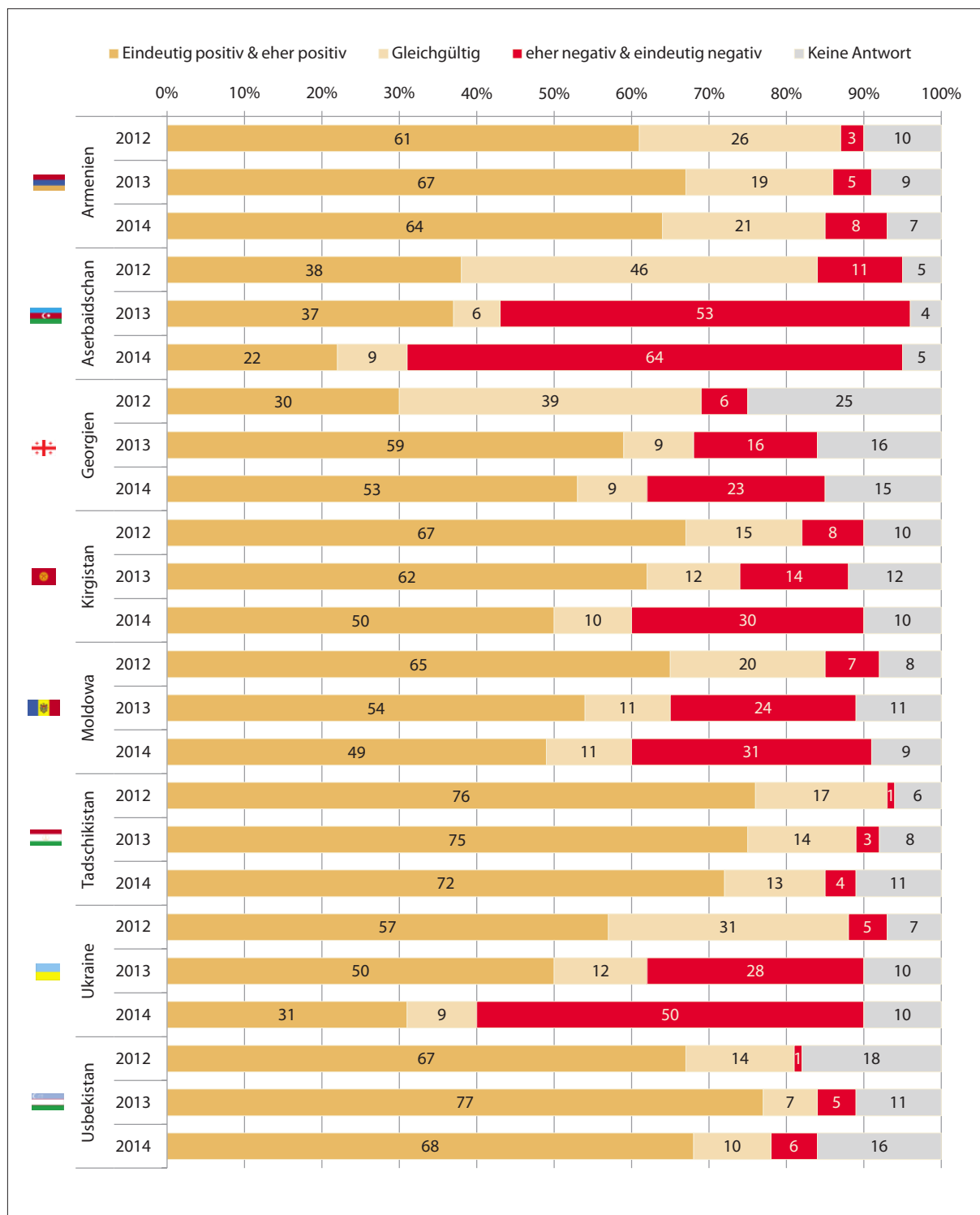
Zu Integrations- und Wirtschaftsfragen

Grafik 1: Integrationsbarometer der Eurasischen Entwicklungsbank: Was ist Ihre Einstellung zur Zollunion und zum Einheitlichen Wirtschaftsraum?



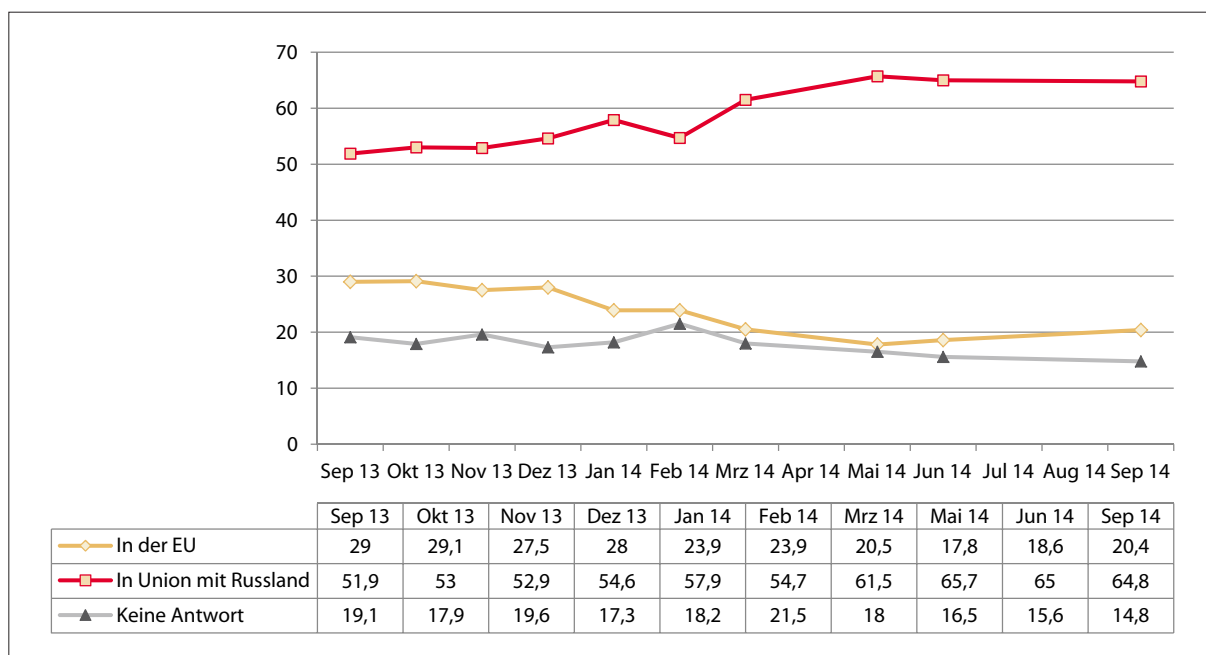
Quelle: Ewrasijskij bank raswitija. Zentr integracionnyh issledowanij: Integracionnyj barometr EABR 2014. Analiticheskoe resjume, S. 7, <http://www.eabr.org/general/upload/CII%20-%20izdania/2014/Barometr-2014/EDB_Centre_Report_25_Analytical_Summary_Rus.pdf>

Grafik 2: Integrationsbarometer der Eurasischen Entwicklungsbank: Meinen Sie, dass Ihr Land der Zollunion und dem Einheitlichen Wirtschaftsraum beitreten sollte?



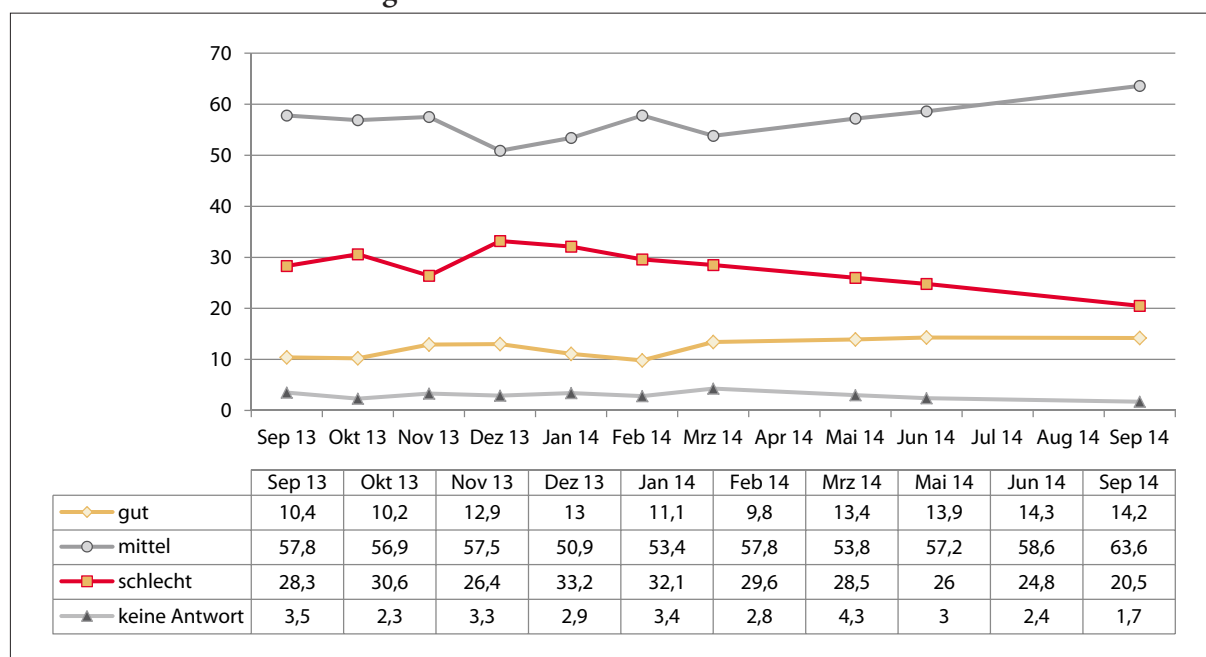
Quelle: Ewrasijskij bank raswitiija. Zentr integrazionnych issledowanij: Integrazionnyj barometr EABR 2014. Analiticheskoe resjume, S. 7, <http://www.eabr.org/general/upload/CII%20-%20izdania/2014/Barometr-2014/EDB_Centre_Report_25_Analytical_Summary_Rus.pdf>

Grafik 3: Umfrage des Belarusian Analytical Workroom: In welchem Staatenbund würde ihrer Meinung nach das Volk von Belarus besser leben, in der EU oder in einer Union mit Russland?



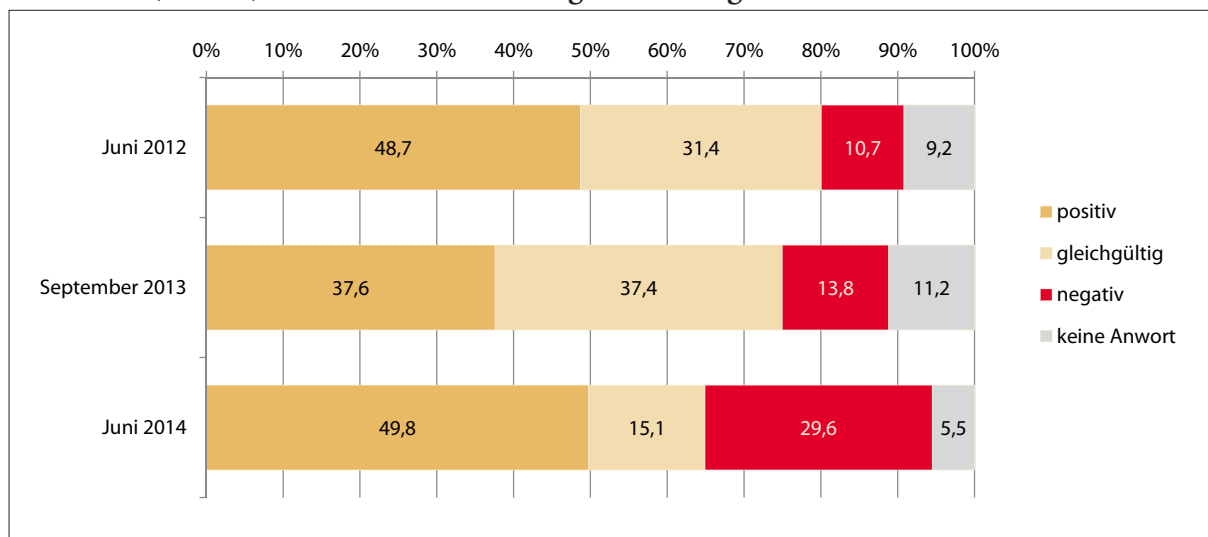
Quelle: Andrei Vardomatski: *Influence of the Ukrainian Situation on Belarusian Public Opinion - the Russian Concept and the Belarussian discrepancy*, 20.9.2014, <<http://www.belaw.eu/?p=1178>>

Grafik 4: Umfrage des Belarusian Analytical Workroom: Wie bewerten Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage von Belarus?



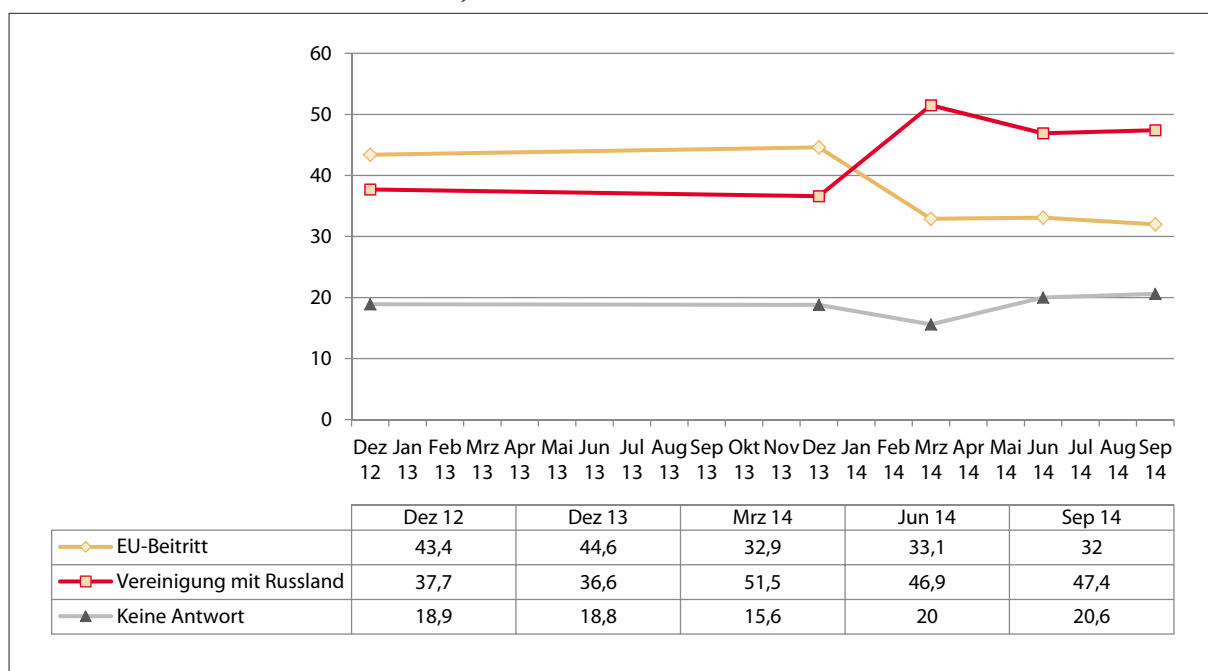
Quelle: Andrei Vardomatski: *Influence of the Ukrainian Situation on Belarusian Public Opinion - the Russian Concept and the Belarussian discrepancy*, 20.9.2014, <<http://www.belaw.eu/?p=1178>>

Grafik 5: Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Studien (IISEPS): Was ist Ihre Einstellung zur Bildung der Eurasischen Union?



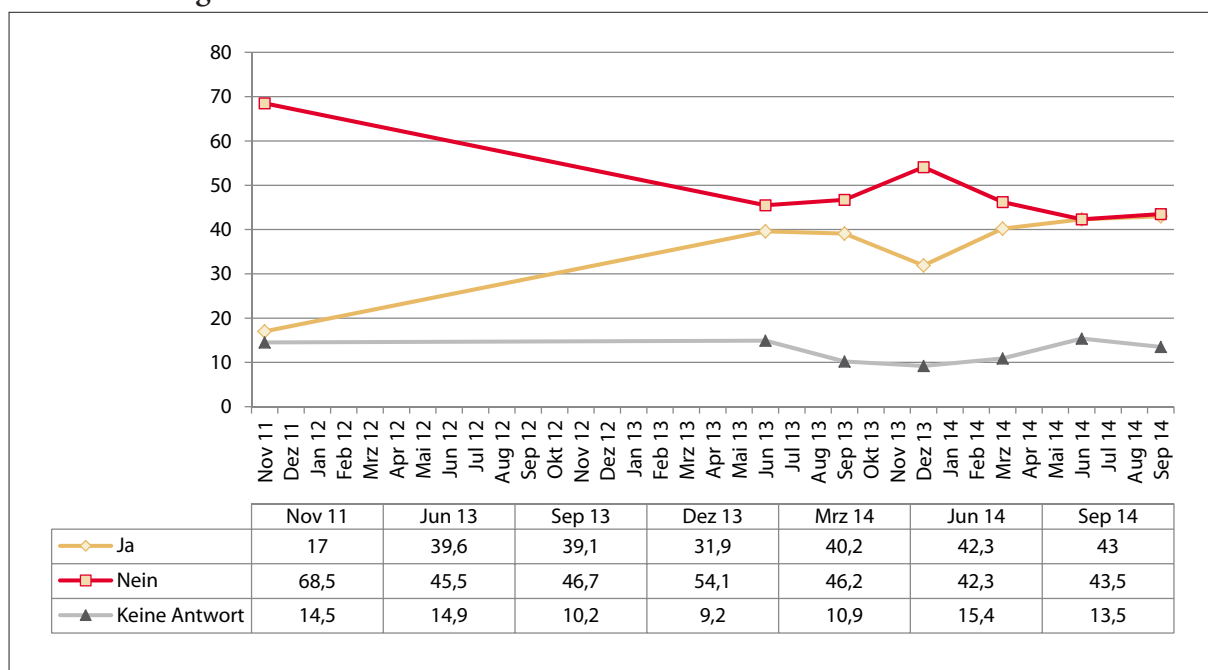
Quelle: IISEPS: Geopolitical trends, 5.7.2014, <<http://www.iiseps.org/analitica/589/lang/en>>

Grafik 6: Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Studien (IISEPS): Wenn Sie sich zwischen der Vereinigung mit Russland und dem Beitritt zur EU entscheiden müssten, wie würden Sie wählen?



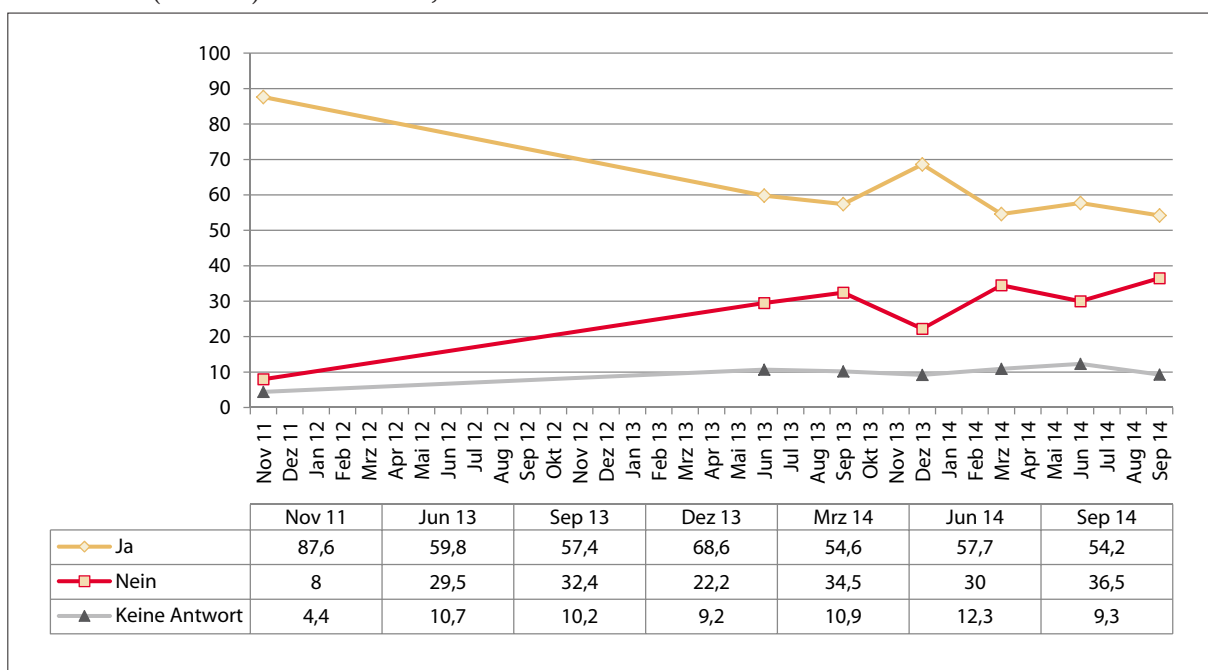
Quelle: IISEPS: Geopolitical trends, 5.7.2014, <<http://www.iiseps.org/analitica/589/lang/en>>

Grafik 7: Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Studien (IISEPS): Glauben Sie, dass die Lage im Lande sich insgesamt in die richtige Richtung entwickelt?



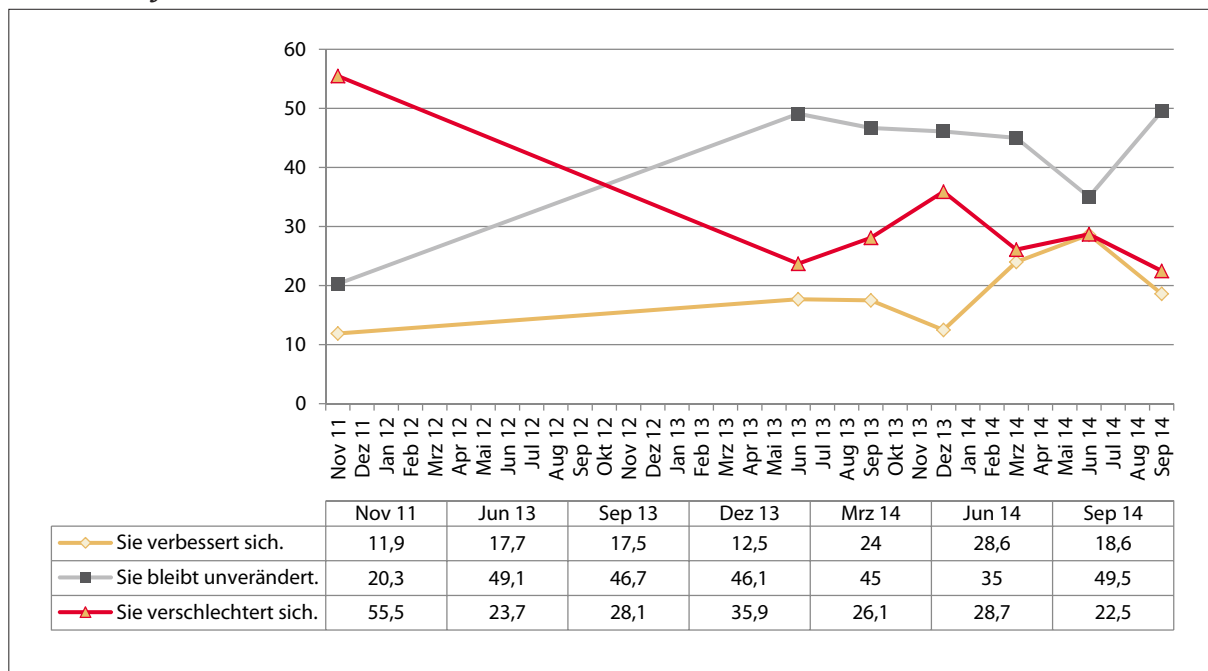
Quelle: IISEPS Infofokus, 10/2014, S. 19, <www.iiseps.org>

Grafik 8: Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Studien (IISEPS): Glauben Sie, dass sich die belarussische Wirtschaft in der Krise befindet?



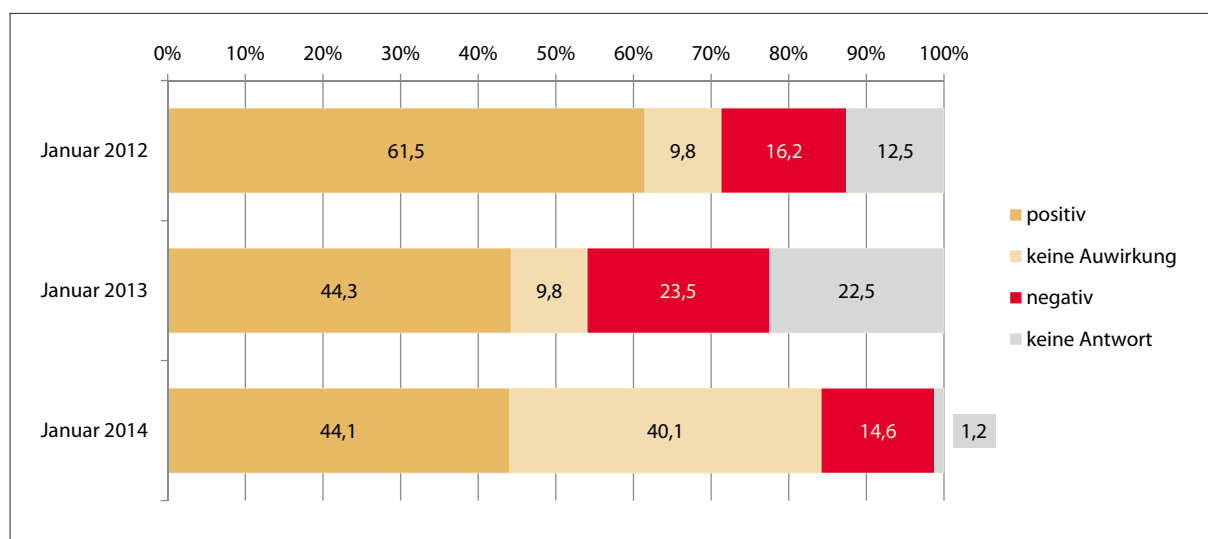
Quelle: IISEPS Infofokus, 10/2014, S. 19, <www.iiseps.org>

Grafik 9: Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Studien (IISEPS): Wie wird sich die sozial-wirtschaftliche Lage in Belarus in den nächsten Jahren verändern?



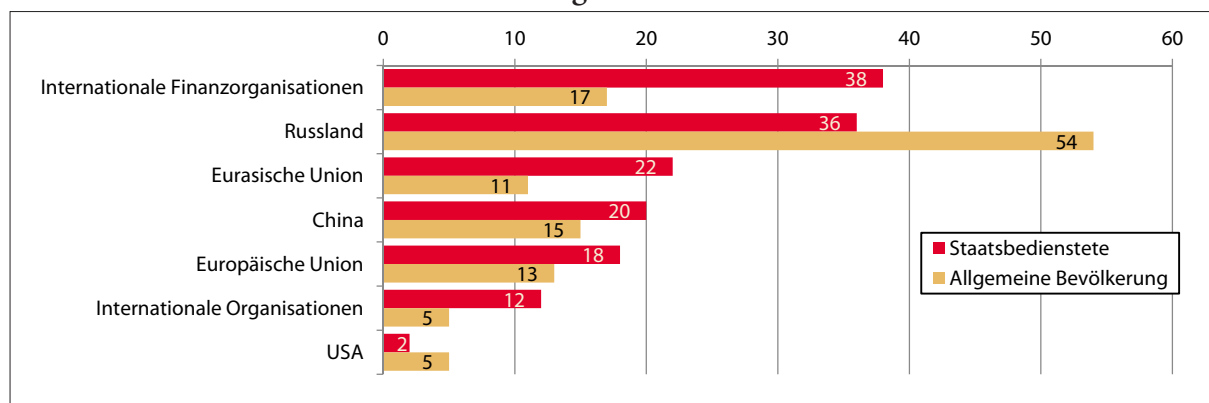
Quelle: IISEPS Infofokus, 10/2014, S. 19, <www.iiseps.org>

Grafik 10: Umfrage des Instituts für Privatisierung und Management unter KMU: Wie wird sich die Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration auf Unternehmen in Belarus auswirken?



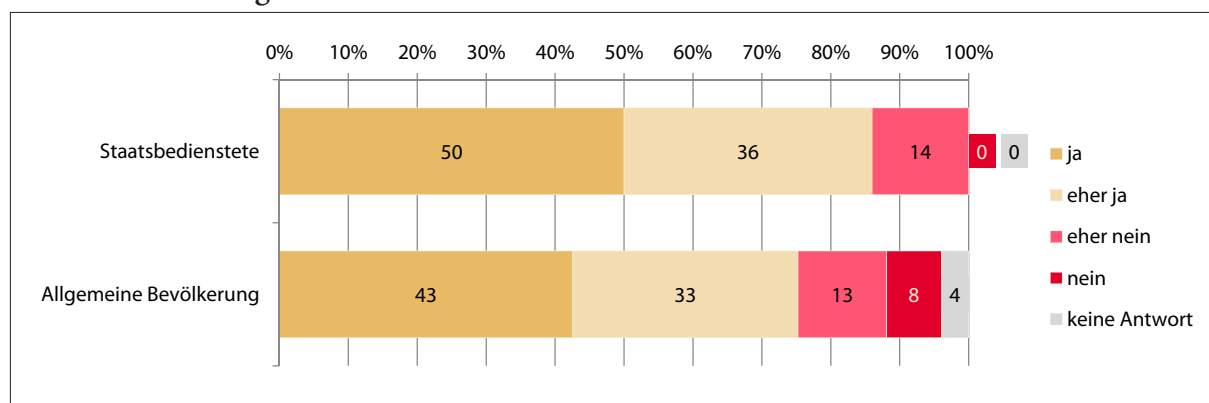
Quelle: IPM: Business in Belarus 2013, S. 23, <<http://eng.research.by/webroot/delivery/files/english/business/business2013e.pdf>>; Andrej Skriba: Belorusskij malyj i srednij biznes na puti w ewrazijskij ekonomitscheskij sojuz, 2014, <<http://www.research.by/webroot/delivery/files/pdp2014r05.pdf>>

Grafik 11: Umfrage des Belarussischen Instituts für Strategische Studien: Wer kann Ihrer Meinung nach Belarus bei der Durchführung von strukturellen Wirtschaftsreformen helfen?



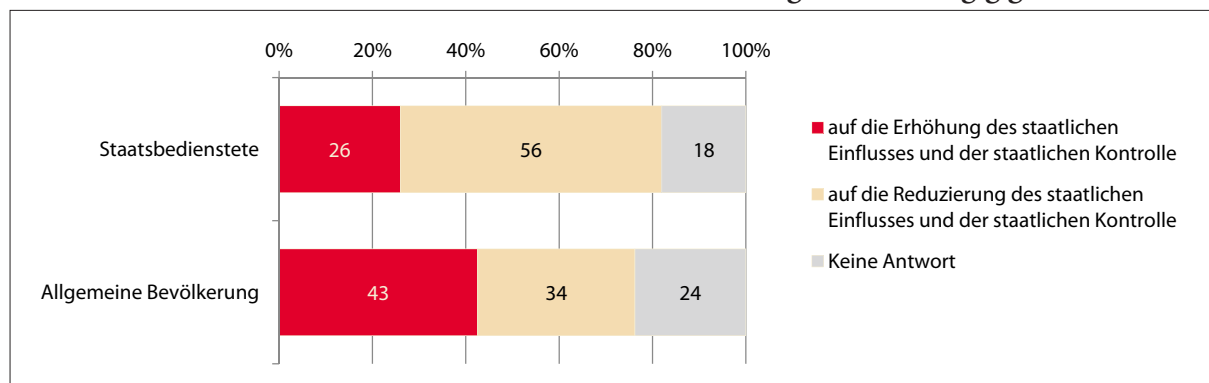
Quelle: *Belorusskie tschinowniki: reguljator protiw regulirowanija*, BISS, 29.10.2014, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmedia/host.info/files/attached-files/BISS_SA09_2014ru.pdf>

Grafik 12: Umfrage des Belarussischen Instituts für Strategische Studien: Braucht Belarus Ihrer Meinung nach Reformen?



Quelle: *Belorusskie tschinowniki: reguljator protiw regulirowanija*, BISS, 29.10.2014, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmedia/host.info/files/attached-files/BISS_SA09_2014ru.pdf>

Grafik 13: Umfrage des Belarussischen Instituts für Strategische Studien: Worauf sollen Reformen in unterschiedlichen Bereichen Ihrer Meinung nach vorrangig gerichtet sein?



Quelle: *Belorusskie tschinowniki: reguljator protiw regulirowanija*, BISS, 29.10.2014, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmedia/host.info/files/attached-files/BISS_SA09_2014ru.pdf>

Ausweisung der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa

Am 5. November 2014 entschied die Behörde für Staatsbürgerschaft und Migration des Perschamajsker Stadtbezirks in Minsk, dass die Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa innerhalb von 30 Tagen das Land zu verlassen habe und anschließend für drei Jahre nicht mehr betreten dürfe. Bereits wenige Tage vorher, am 30. Oktober 2014, hatte die Behörde Aljona Tankatschowa die bis 2017 gültige Aufenthaltserlaubnis entzogen. Die seit etwa 30 Jahren in Belarus lebende Aljona Tankatschowa hat die russische Staatsbürgerschaft. Ihren Ausweisungsbeschluss begründete die zuständige Behörde mit der Fixierung mehrmaliger Geschwindigkeitsüberschreitungen des PKW von Aljona Tankatschowa. Bei ihrer Entscheidung berücksichtigten die Behörden weder die langjährige Verbundenheit von Aljona Tankatschowa mit Belarus noch den Umstand, dass ihre Tochter belarussische Staatsbürgerin ist, sie in Belarus Immobilien besitzt, über eine Beschäftigung verfügt u. v. m.

Die Geringfügigkeit des Anlasses für die Ausweisung legt den Verdacht nahe, dass die Entscheidung politisch motiviert ist und eine präventive Maßnahme angesichts der 2015 anstehenden Präsidentschaftswahlen darstellt. Denn Aljona Tankatschowa und die von ihr geleitete NRO »Lawtrend« (<www.lawtrend.org>) dokumentierten u. a. das staatliche Vorgehen gegen die Teilnehmer der Demonstration nach den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2010 und beteiligten sich an der Erstellung des alternativen Berichts zur Menschenrechtssituation in Belarus, der im September 2014 der UNO vorgelegt wurde. Mit ihrer NRO setzte sie sich außerdem für die Einführung des Zivildienstes und eines Gemeinnützigkeitsrechts sowie die Verbesserung der Rechte von Menschen mit Behinderung in Belarus ein. Darüber hinaus ist »Lawtrend« die zentrale Beratungsstelle in allen Rechtsfragen für zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure in Belarus.

Im Folgenden erhalten Sie einen Einblick in die ersten Reaktionen von Menschenrechtlern und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren auf die Ausweisung von Aljona Tankatschowa.

Olha Smaljanka: »Die Behörden haben uns alle Zweifel an dem politischen Hintergrund des Falls Aljona Tankatschowa genommen«

[...]

»Wir sind der Auffassung, dass die Maßnahmen der Behörden sich nicht auf das Gesetz stützen, denn bei der Behandlung des Falles Aljona Tankatschowa wurden erstens nicht alle rechtlichen Argumente gegeneinander abgewogen, es wurde nicht bewiesen, dass tatsächlich Tankatschowa selbst sich als Gefahr für die Gesellschaft verhalten hat,« stellt die Kollegin von Aljona, die Direktorin des Zentrums für Rechtstransformation Olha Smaljanka im Gespräch mit dem Informationsdienst von »EuroBelarus« fest. »Es wurde nicht nachgewiesen, dass am Steuer des Autos, dessen geringfügige Geschwindigkeitsüberschreitungen per Videokamera fixiert wurden, sich wirklich Aljona Tankatschowa befunden hat. Die entsprechende Beweisgrundlage wurde überhaupt nicht behandelt. Zweitens wurden in den letzten Tagen über 7.000 Petitionen von belarussischen Staatsbürgern zugunsten von Aljona Tankatschowa gesammelt. Doch diese wurden ebenfalls nicht behandelt. Sie wurden einfach ignoriert. Und die Schlussfolgerung, dass Aljona eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt, wurde aufgrund der Annahme getroffen, dass sie einen Schaden hätte verursachen können. Im Ergebnis wird mit seltsamen Anschuldigungen das Schicksal eines Menschen durch seine Ausweisung zerstört. Schock und Unverständnis, das sind die Emotionen, die wir, die Kollegen und Freunde von Aljona, heute empfinden.

[...]

Wissen Sie, wir haben an das Beste geglaubt, wir wollten nicht denken, dass der Fall einen politischen Hintergrund hat. Aber die Art und Weise, wie der Fall behandelt wurde, lässt keine Zweifel daran zu, dass der Grund für die Entscheidung der Behörden in den zivilgesellschaftlichen und Menschenrechtsaktivitäten von Aljona Tankatschowa liegt.

[...]

[Gegen die Entscheidung] kann Berufung eingelegt werden – und dies wird geschehen. Aljona zufolge wurde ihr gesagt, dass das Urteil korrigiert werden könne, beispielsweise durch eine Reduzierung des Einreiseverbots von drei auf ein Jahr. Dadurch wird der Gedanke an das Wahljahr 2015 wieder nahegelegt. Doch sprechen wir jetzt nicht davon. Grundsätzlich gibt es juristische Mechanismen, um die Situation zugunsten von Aljona Tankatschowa zu verändern. Aber in einer Situation, in der ein Fall von Anfang an nicht nach Rechtsgrundsätzen behandelt wird, funktionieren die juristischen Mechanismen nicht mehr.

[...]

Unsere Organisation existiert seit 1996, sie ist eine der ältesten und angesehensten Menschenrechtsorganisationen in Belarus. Sie wurde zweimal verboten, nun wird die Vorstandsvorsitzende des Landes verwiesen. Doch uns haben die früheren Versuche, unsere Organisation zu zerstören, nicht gebrochen, wir sind ein recht starkes Team. Deswegen bin ich mir sicher, dass, wenn die Behörden die Einstellung der Arbeit von »Lawtrend« erreichen wollen, ihnen dies nicht gelingen wird. [...]

Quelle: *Olga Smoljanko: Wlasti raswejali vse somnenija w politicheskoy podopleke dela Eleny Tonkatschowaj, EuroBelarus, 6.11.2014, <<http://eurobelarus.info/news/society/2014/11/06/ol-ga-smolyanko-vlasti-razveyali-vse-sommeniya-v-politicheskoy.html>>.*

Ulad Wjalitschka: »Die Behandlung der Frage der Ausweisung von Tankatschowa ist politisch motiviert«

[...]

»Was den bevorstehenden Wahlkampf angeht, so sehe ich diesbezüglich keine Perspektiven, keinen Sinn und keine möglichen Ergebnisse [für zivilgesellschaftliche Aktivitäten]. Deswegen ist es schwer zu sagen, inwieweit gesellschaftliche Akteure sich hieran beteiligen. Wenn die Behörden sich entschieden haben, ihren Repressionsapparat gegen Menschenrechtler und gesellschaftliche Strukturen einzusetzen, die auf diesen Wahlkampf pfeifen wollten, dann ist das einfach dumm. Wenn diese Akteure sich ernsthaft engagieren, z. B. durch Wahlbeobachtung, dann läge es nahe, dass die Behörden Maßnahmen ergreifen«, betonte Ulad Wjalitschka, [der Leiter des Konsortiums »EuroBelarus«].

Quelle: *Wlad Welitschko: Rassmotrenie voprosa o deportacii Tonkatschowaj – politicheskii motiwirowanoe delo, EuroBelarus, 3.11.2014, <<http://eurobelarus.info/news/policy/2014/11/03/vlad-velichko-rassmotrenie-voprosa-o-deportatsii-tonkachevoy.html>>.*

Uladsimir Njakljaeu: »Heute geht es um die Verteidigung von Aljona Tankatschowa – morgen um die Verteidigung von vielen anderen«

[...]

Der 2011 für den Nobelpreis nominierte Dichter und Prosaschriftsteller sowie Vorsitzende der Bürgerbewegung »Sag die Wahrheit« Uladsimir Njakljaeu kommentiert:

» [...] Die vorgeworfene Schuld ist lächerlich – Geschwindigkeitsüberschreitung! Und darauf steht die Ausweisung aus dem Land ...

Hier wird nicht einmal der Schein des Rechts gewahrt, hier wird einfach ein Vorwand genommen! Warum? Der Grund ist politischer Natur. Das Regime beginnt sich auf die Wahlen vorzubereiten. [...]

Wenn wir auf die letzten Wahlen zurückblicken, so hat es hierzu viel Information gegeben, doch das Buch »Der Platz-2010 mit den Augen von Menschenrechtlern« [...] wurde von Aljona Tankatschowa zusammengestellt und herausgegeben.

Dieses Buch beruht auf Gerichtsdokumenten und behandelt nicht nur die Ereignisse auf dem Platz, sondern auch, was danach geschah: all diese ungerechten Prozesse gegen unschuldige Menschen. Im Buch ist dies alles ausführlich dargestellt. Es bildete eine wichtige Grundlage für zahlreiche Entscheidungen der internationalen demokratischen Gemeinschaft.

Den Behörden ist es wichtig, dass niemand ihre Fälschungen und Gesetzesverstöße bei den Wahlen 2015 fixiert. Und in dieser Hinsicht stellt Aljona Tankatschowa eine Gefahr dar. Sie soll ausgewiesen werden, um das Feld zu säubern, damit es vor den Präsidentschaftswahlen absolut »sauber und klar« ist.«

[...]

Quelle: *Mahtschymasz abarony Aleny Tankatschowaj sennja – abarona schmat kaho sautra, EuroBelarus, 4.11.2014, <<http://eurobelarus.info/news/policy/2014/11/04/dyskval-f-katsyja-gonshchytsy-napyaredadn-vybara.html>>.*

Andrej Dsmitryeu: »Das System hält die bloße Existenz einer alternativen Sicht für eine Gefahr«

Andrej Dsmitryeu, der zur Führungsspitze der Bewegung »Sag die Wahrheit« gehört, kommentierte die Situation auf seiner Facebook-Seite folgendermaßen:

»Ich habe nicht verstanden, warum Aljona Tankatschowa und ihre Organisation die Behörden so stören. Man hat es mir erklärt. Sie hat einen alternativen Bericht über die Lage der Menschenrechte für die UNO vorbereitet. Und dies erzürnt die Behörden, vor allem jetzt, wo sie der Auffassung sind, dass wegen ihrer Position in Sachen Ukraine alles andere vergessen wird.

[...]

Das System ist so sehr nicht mehr daran gewöhnt, dass es eine andere, alternative Sichtweise gibt, dass es ihre bloße Existenz für eine Bedrohung hält und damit nicht leben kann. Und wenn diese Alternative auch noch ernst genommen werden muss, dann wird es hysterisch. Und in der Hysterie ist nichts mehr wichtig – weder die Menschen noch ihr Schicksal noch das, was eigentlich im menschlichen Leben wichtig ist.«

Quelle: Iswestnaja prawosaschtschniza Elena Tonkatschowa lischena wida na zbitelstwa w Belarusi, Solidarnost, 31.10.2014, <http://www.gazetaby.com/cont/print_rdn.php?sn_nid=84538>.

Michail Fedotow: »Die Unangemessenheit der von den belarussischen Behörden angewandten Strafmaßnahmen ist offensichtlich«

[... Zur Verhandlung] reiste extra das Mitglied des Rats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte (SPTsch) beim Präsidenten der Russischen Föderation Sergej Kriwtschenko an. Er sagte den Journalisten, dass er seit langem mit Aljona Tankatschowa bekannt sei, sie bereits fast 10 Jahren eine Expertin des SPTsch sei. »Ich kenne sie als eine wichtige gesellschaftliche Aktivistin«, betonte Kriwtschenko. Seinen Worten zufolge wurde Wladimir Putin über die Situation von Aljona Tankatschowa informiert und bei der heutigen Sitzung im RUWD des Perschamajsker Bezirks soll ein Mitarbeiter des russischen Konsulats anwesend sein. »Ich hoffe, dass dies hilft, die Ausweisung zu verhindern«, sagte Kriwtschenko. Bereits früher hatte der Vorsitzende des SPTsch Michail Fedotow das russische Außenministerium aufgefordert, der russischen Staatsbürgerin Tankatschowa [...] umgehend Unterstützung zu gewähren. »Die Unangemessenheit der von den belarussischen Behörden angewandten Maßnahmen für eine derart unbedeutende Rechtsverletzung zwingt zu der Annahme, dass das reale Motiv für die Ausweisung der russischen Staatsbürgerin in den Menschenrechtsaktivitäten von Aljona Tankatschowa liegt«, betonte Fedotow.

Quelle: Tonkatschowoj mogut sokratit srok sapreta na wjesd w Belarus s trjoch let do goda, Nawiny.by, 5.11.2014, <http://naviny.by/rubrics/society/2014/11/05/ic_news_116_448326/>.

Aljona Tankatschowa: »Alles, was sich gestern im Perschamajsker RUWD von Minsk abspielte, war eine gut geplante Zirkusveranstaltung«

[...]

Aljona Tankatschowa, die am 5. November lange auf die Entscheidung des Perschamajsker RUWD von Minsk über ihre Ausweisung warten musste, schilderte [bei der Pressekonferenz im Menschenrechtszentrum »Wjasna« am 6. November] ihre Eindrücke vom gestrigen Tag:

»[...] Siebentausend Unterschriften, die zu meiner Unterstützung gesammelt wurden, wurden nicht nur nicht berücksichtigt, sie wurden während der Verhandlung nicht einmal erwähnt. Alles, was sich gestern im RUWD des Perschamajsker Stadtbezirks abspielte, erscheint mir als eine gut geplante Zirkusveranstaltung. Es gab keinen Grund, den Fall nicht, wie geplant, um 12 Uhr zu behandeln, da der Beschluss bereits feststand. Sie haben ruhig und zynisch getestet, wie sich die Leute verhalten werden.

[...]

Alle Reste meiner juristischen Ausbildung und Neutralität sind gestern gestorben. Warum? Als man mich gestern vom Erdgeschoss in die 2. Etage des RUWD-Gebäudes führte, haben drei Offiziere lachend gesagt: »Aljona Barisauwna, alles wird gut.« Ich sage ihnen, dass sie auch meine Tochter durchlassen mögen. »Warum? Hier wird alles normal verlaufen, so viele Unterschriften wurden doch gesammelt. Sie haben so viel Unterstützung, ja und die Rechtsverstöße

sind so geringfügig.« Und anschließend erhebt sich der Chef und sagt einfach: ›Ich habe beschlossen: drei Jahre Einreiseverbot.« Diese Menschen sind dermaßen retuschiert, dass man die Niedertracht, die tatsächlich dahinter steht, nicht sofort erkennt.«

Der Vorsitzende des Belarussischen Helsinki-Komitees Aleh Hulak erklärte bei der Pressekonferenz, dass die Ausweisung von Tankatschowa kaum mit irgendwelchen Rechtskategorien zu erfassen sei:

»Die Logik der Behörden hinter diesem Schritt ist nicht wirklich verständlich: gerade erst wurde Bjaljazki freigelassen, und es gab gewisse Erwartungen, dass sich ein gewisser gesunder Menschenverstand durchsetzt. Warum dies jetzt geschehen ist, ist unverständlich. Die Frage, die sich nun stellt, lautet, was können wir in dieser Situation tun, um dem gesunden Menschenverstand wieder zur Geltung zu verhelfen und den konkreten Menschen zu unterstützen. In der jetzigen Unrechtssituation ist es – sieht man von Solidaritätsbekundungen ab – schwer etwas zu tun. Ich hoffe, dass die Organisation bestehen bleibt und unsere gemeinsamen Menschenrechtsaktivitäten fortgesetzt werden.«

Der stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums »Wjasna« Valentin Stefanowitsch stellte fest [...]:

»Es sind vorrangig politische Motive der Behörden, die jetzt dazu führen, dass eine der führenden Menschenrechtler für drei Jahre des Landes verwiesen wird. [...] Dies geschieht vielleicht wegen der zu hohen Aktivität des Zentrums für Rechtstransformation in der Kommunikation mit dem UN-Sonderbeauftragten für die Berichtserstattung [zu Belarus], obwohl es sich hierbei um ein vollkommen legales Verfahren handelt. Vielleicht gibt es noch andere Gründe, wir wissen es nicht.

Die Situation um die Ausweisung von Tankatschowa aus Belarus hat mich an die Registrierung von »Wjasna« erinnert, lediglich mit umgekehrter Logik. In der Gesetzgebung heißt es, dass die Registrierungsbehörde das Recht hat, eine Verlängerung der Registrierungsfrist zuzulassen. Als wir aber fragten, warum uns keine Verlängerung gewährt wurde, um bei einem der Vereinsgründer die Angabe zum Arbeitsplatz zu korrigieren und in die entsprechende Spalte »allgemeinbildende Mittelschule« statt »Mittelschule« einzutragen, erhielten wir die Antwort: ›Wir sind dazu nicht verpflichtet, es ist lediglich *unser Recht*, eine Verlängerung zu gewähren oder nicht zu gewähren. Und in diesem Falle wollten wir es so.«

So ist es auch im Falle von Aljona. Das Gesetz verpflichtet die Staatsorgane nicht dazu, Tankatschowa die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen und sie des Landes zu verweisen. Sie haben lediglich *das Recht* dies zu tun. Und sie haben es getan. Genau aus diesem Grunde muss man die Antwort auf die Frage, warum sie in diesem Fall ihr Recht nutzen, in den politischen Motiven hinter der Entscheidung suchen.«

Quelle: Elena Tonkatschowa: »*Wse, schto proischodilo wtschera w Perwomajskom RUWD Minsk, pokasalos normalno splaniruwannym zirkom*«, 6.11.2014, <http://spring96.org/ru/news/74000>

Ales Bjaljazki: »Tankatschowa muss für drei Jahre das Land verlassen, ich war drei Jahre in Haft«

Der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums »Wjasna« kommentiert die Entscheidung über die Ausweisung der Menschenrechtlerin Aljona Tankatschowa [...]:

»Hiermit wird eindeutig das zivilgesellschaftliche Feld im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen gesäubert. Diese Entscheidung hat einen politischen Kontext. Doch während man mich ins Gefängnis steckte, so verweist man sie für drei Jahre des Landes. Und ich habe drei Jahre gesessen. Hier lässt sich sogar eine gewisse Parallele beobachten. Die Behörden bekämpfen die Menschenrechtler mit allen Mitteln. [...] Sie haben keinen Bedarf an Situationsanalysen, an Medienanalysen, sie brauchen keine aktiven NRO und vor allem keine Menschenrechtler.« [...]

Korrespondent: »Ist es den Behörden denn egal, wie hierauf die europäischen internationalen Strukturen reagieren werden?«

Bjaljazki: »Die eigene Haut ist näher. Bei Wahlen hat sich stets gezeigt, dass die Wahlsituation alle anderen politischen Risiken überwiegt.«

Quelle: Tankatschawu wykinuli s krainy na try hady, a mjane na try hady pasadsili, – Bjaljazki, Radio Swadoda, 6.11.2014, zit. nach <<http://spring96.org/be/news/73996>>.

1. Juli – 30. September 2014

01.07.2014	Bei der zentralen Festveranstaltung anlässlich des bevorstehenden Tages der Befreiung von Belarus von der nationalsozialistischen Besatzung am 3. Juli hält Präsident Lukaschenka erstmals seit längerer Zeit eine Rede zu Teilen in belarussischer Sprache, um die Unabhängigkeit des Landes zu betonen.
01.07.2014	Zahlreiche Einzelunternehmer in mehreren belarussischen Städten stellen ihre Arbeit aus Protest gegen das Inkrafttreten des Präsidialerlasses Nr. 222 ein. Der Erlass verbietet den Handel ohne entsprechende Begleitdokumente und Warenerzeugnisse, was die Arbeit der Einzelunternehmer erheblich erschwert. Angesichts ausbleibenden Erfolgs versanden die Proteste nach etwa einer Woche.
01.–02.07.2014	Der am 21. Juni vorzeitig aus der Haft entlassene Leiter des Menschenrechtszentrums »Wjasna« Ales Bjaljazki unternimmt seine erste Auslandsreise nach Brüssel, Paris und Straßburg. In Gesprächen mit Vertretern der EU und des Europarates ruft der Menschenrechtler die EU zur Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Demokratie und Menschenrechte auf.
02.07.2014	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE äußert sich in ihrer Abschlussresolution besorgt über die Demokratiedefizite in Belarus und fordert die Freilassung und Rehabilitierung aller politischen Gefangenen. Zugleich bringt sie ihre tiefe Besorgnis über die Lage in der Ukraine zum Ausdruck. Die belarussische Delegation hatte zuvor erfolgreich eine eigene Resolution über den Schutz von sozialen und wirtschaftlichen Rechten in die Ausschussarbeit eingebracht sowie zahlreiche Arbeitsgespräche geführt.
02.07.2014	Wladimir Putin nimmt an der Einweihung des neuen Museums des Großen Vaterländischen Krieges im Rahmen der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung von Belarus von der nationalsozialistischen Besatzung, der zugleich als Unabhängigkeitstag von Belarus gilt, teil. Während seines Treffens mit Aljaksandr Lukaschenka werden allgemeine Fragen der Zusammenarbeit besprochen.
03.07.2014	Anlässlich des 70. Tages der Befreiung von Belarus von der nationalsozialistischen Besatzung und des Unabhängigkeitstags findet in Minsk eine Militärparade statt.
03.07.2014	Der Aktivist der Vereinigten Bürgerpartei (AHP) Anton Zhylko wird am Vormittag des Unabhängigkeitstags von Polizisten zu einem »Präventionsgespräch« abgeführt. Am folgenden Tag wird er von einem Minsker Gericht zu einer administrativen Haftstrafe verurteilt.
04.07.2014	Die Aktivisten der Jugendorganisation »Alternative« Aleh Korban und Uladsimir Sjarheenka werden zu 10 Tagen Haft verurteilt. Sie waren am 2. Juli unter dem Vorwurf, ein Plakat mit der Aufschrift »Für ein unabhängiges Belarus« in der Minsker U-Bahn aufgehängt zu haben, festgenommen worden.
06.07.2014	Aljaksandr Lukaschenka ruft anlässlich des Sommersonnenwendefests (Iwan-Kupala-Tag) zur Beendigung des blutigen Krieges in der Ukraine und zur Wiederherstellung der slawischen Einheit auf. Der Iwan-Kupala-Tag findet 2014 unter dem Zeichen der Entwicklung der Zusammenarbeit in den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereichen zwischen den Dnepr-Regionen in Russland, Belarus und der Ukraine statt.
07.07.2014	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch und sein Stellvertreter Anatol Tosik empfangen eine chinesische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Handelsministers in Minsk. Gesprächsgegenstand sind u. a. die Umsetzung gemeinsamer Projekte, u. a. des belarussisch-chinesischen Industrieparks, sowie die Bereitstellung neuer Kreditlinien.
08.–10.07.2014	Eine belarussische Delegation unter Leitung der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna hält sich in Brüssel auf, um an der zweiten Runde der Modernisierungsgespräche zwischen Belarus und der EU teilzunehmen. Gesprächsthemen sind u. a. das Investitions- und Geschäftsklima in Belarus, die Beziehungen zwischen Belarus und der EU sowie Visaerleichterungen.
09.07.2014	Die EU hebt für acht belarussische Amtsträger Einreiseverbote und Sperrung der Vermögenswerte auf. Der Leiter der Abteilung Politik, Information und Presse der EU-Delegation in Belarus Rudolf Richard erklärt, die Kürzung der Sanktionsliste bedeute keine Änderung der EU-Politik gegenüber Belarus und stelle keine Reaktion auf die Freilassung von Ales Bjaljazki dar. Die EU fordere die belarussische Regierung nach wie vor dazu auf, alle politischen Gefangenen freizulassen.
09.–12.07.2014	In Minsk findet die 7. Belarussische Militärmesse »Milex-2014« statt. Von den insgesamt 169 Ausstellern kommen 110 aus Belarus, 55 aus Russland, 2 aus der Ukraine sowie je 1 aus China und Italien. Im Umfeld der Messe finden u. a. Gespräche des belarussischen Verteidigungsministeriums mit Delegationen aus Armenien, China, Katar, Pakistan und Russland statt.
15.07.2014	Den Aktivisten der Vereinigten Bürgerpartei (AHP) werden alle Mahnwachen anlässlich des Jahrestages der Deklaration der staatlichen Unabhängigkeit von Belarus untersagt.

16.07.2014	Die Ukraine führt Sonderzölle für den Import einer Reihe belarussischer Waren ein. Sie reagiert damit auf eine Verordnung des belarussischen Ministerrats, der zufolge seit 1. Mai bzw. 1. Juni bestimmte Waren aus Staaten außerhalb der Zollunion für die Einfuhr nach Belarus lizenziert werden müssen. Zur Lösung der Situation werden am 18. Juli bilaterale Regierungsberatungen durchgeführt.
17.07.2014	Aljaksandr Lukaschenka erklärt beim Treffen mit belarussischen Botschaftern und Konsulatsleitern, Belarus werde auch weiterhin die strategische Partnerschaft mit Russland stärken, da es hierzu keine Alternative für Belarus gäbe.
17.07.2014	Das Europäische Parlament wählt die Mitglieder der Delegation für die Beziehungen zu Belarus. Der Delegation gehören Abgeordnete aus den drei baltischen Staaten, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Italien, Polen, Schweden und Tschechien an.
17.–18.07.2014	Die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck darf erstmals seit drei Jahren wieder nach Belarus reisen. Sie führt dort Gespräche mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft sowie im Außenministerium.
18.07.2014	Bei einem internationalen Seminar zu nationalen Menschenrechtsinstitutionen in Minsk wird erneut die Zweckmäßigkeit der Einführung eines Ombudsmanns für Menschenrechte in Belarus diskutiert. Organisatoren des Seminars sind das belarussische Außenministerium, die Vertretung der Vereinten Nationen in Belarus, das Sekretariat des Europarates, das Informationsbüro des Europarates in Minsk sowie das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.
21.–24.07.2014	Der Premierminister von Mosambik Alberto Vaquina hält sich mit einer Regierungsdelegation in Minsk auf. Präsident Lukaschenka erklärt im Gespräch mit dem Premierminister, Mosambik könne zum Ausgangspunkt für Belarus in Afrika werden. Zwischen den Außenministerien beider Länder wird ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.
24.07.2014	Belarus schafft die im April/Mai 2014 eingeführte Lizenzierung der Importe von bestimmten Waren aus Nicht-Zollunionstaaten für GUS-Staaten ab. Dem Pressesprecher des Außenministeriums Andrej Mirontschyk zufolge erwartet Belarus nun, dass die Ukraine ebenfalls ihre am 16. Juli eingeführten Sonderzölle auf den Import einer Reihe belarussischer Waren abschaffen werde.
24.–25.07.2014	Der litauische Außenminister Linas Linkevičius hält sich zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Minsk auf. Zu seinen Gesprächspartnern gehören Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch und Außenminister Uladsimir Makej sowie Vertreter von Opposition und Zivilgesellschaft.
25.07.2014	In Belarus tritt ein am 8. Januar 2014 beschlossenes Gesetz in Kraft, das die Lohnauszahlung in ausländischer Währung an Mitarbeiter von Organisationen mit ausländischem Investitionsanteil in Belarus untersagt.
25.07.2014	Der Internationale Währungsfonds veröffentlicht seinen Länderbericht zu Belarus, der auf der Grundlage der diesjährigen Beratungsgespräche erstellt wurde. Der Bericht sieht hohe Risiken für die belarussische Wirtschaft und prognostiziert eine Inflation von 16 % für das laufende Jahr. Er erneuert seine Empfehlung an die belarussische Regierung, strukturelle Reformen durchzuführen.
27.07.2014	Belarussische Oppositionelle erinnern an die Verabschiedung der Souveränitätserklärung durch den Obersten Sowjet der BSSR in 1990, der bis 1996 als Nationaler Unabhängigkeitstag der Republik Belarus galt.
28.07.2014	Der Aktivist Aljaksandr Makajeu wird wegen »leichten Hooliganismus« und »Ungehorsam gegenüber der Polizei« zu 15 Tagen Haft verurteilt. Er war am 27. Juli unter dem Vorwurf verhaftet worden, während eines Gebetes für die politischen Gefangenen eine weiß-rot-weiße Fahne gehalten zu haben.
28.07.2014	Aljaksandr Lukaschenka beruft Ihar Ljaschenka zum neuen Leiter des Belarussischen Staatskonzerns für Erdöl und Chemie »Neftechim«. Der ehemalige Leiter des Konzerns Ihar Zhylin war am 30. Juni ohne Angaben von Gründen entlassen worden. Inoffiziellen Informationen zufolge wurde ihm Korruption vorgeworfen. Es kommt in der Folgezeit jedoch zu keiner Anklage.
29.07.2014	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bittet seinen Amtskollegen Lukaschenka in einem Telefonat, Belarus als eine Verhandlungsplattform für die Regelung der Ukraine-Krise anzubieten.
30.07.2014	In Minsk und weltweit finden zahlreiche Veranstaltungen zum Ersten Welttag gegen Menschenhandel statt, der auf belarussische Initiative von der 68. UN-Vollversammlung eingeführt worden war. Am 30. Juli 2010 war der Globale Aktionsplan gegen Menschenhandel verabschiedet worden. Belarus profiliert sich seit Jahren als Vorreiter im Kampf gegen Menschenhandel und wird in dieser Rolle auf UN-Ebene geschätzt.
30.07.2014	Die Normalisierung der belarussisch-amerikanischen Beziehungen steht im Mittelpunkt des Treffens von Außenminister Uladsimir Makej und dem Geschäftsträger der US-Botschaft in Belarus Scott Rauland.

31.07.2014	Die im Juni gebildete Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise im Osten der Ukraine tagt erstmals in Minsk. An den Gesprächen beteiligen sich u. a. die OSZE-Beauftragte Adelheit Tagiliavini, der ehemalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der russische Botschafter in der Ukraine Michail Surabow sowie Vertreter der Donezker Separatisten. Im Laufe der Gespräche wird ein ungehinderter Zugang der OSZE-Untersuchungskommission an den Absturzort der malaysischen Boeing vereinbart. Es werden außerdem Absprachen zur Befreiung von Geiseln und zur Grenzkontrolle getroffen. Präsident Lukaschenka erklärt im bilateralen Gespräch mit Ex-Präsident Kutschma, er werde alles in seiner Macht Stehende tun, um zu einer Normalisierung der Lage in der Ukraine beizutragen.
31.07.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich mit dem deutschen Botschafter Wolfram Maas. Gegenstand des Gesprächs sind Fragen der gegenseitigen wirtschaftlichen, politischen und humanitären Kooperation.
02.08.2014	Der republikanischen Menschenrechtsorganisation »Pakt – Bewegung für die Umsetzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte« wird aufgrund technischer Fehler bei der Antragstellung die Registrierung als NGO verweigert.
04.08.2014	In mehreren europäischen und zentralasiatischen Staaten finden Veranstaltungen zum Internationalen Tag der Solidarität mit der belarussischen Zivilgesellschaft statt. In Belarus wird die Durchführung von Solidaritätskundgebungen mit politischen Gefangenen in zehn belarussischen Städten von den zuständigen Behörden untersagt. Der Tag war 2012 von Menschenrechtsorganisationen aus Belarus, der Ukraine, Polen, Russland, Litauen und Kasachstan am ersten Jahrestag der Festnahme des Leiters des Menschenrechtszentrums »Wjasna« Ales Bjaljazki ins Leben gerufen worden.
04.08.2014	Präsident Lukaschenka und sein ukrainischer Amtskollege Poroschenko besprechen telefonisch u. a. die Lieferung von Erdölprodukten in die Ukraine sowie die gegenseitige Abschaffung von Importhindernissen.
05.08.2014	Die Ukraine beschließt, die am 16. Juli verhängten Sonderzölle auf den Import von bestimmten belarussischen Waren ab dem 19. August abzuschaffen.
07.08.2014	Aljaksandr Lukaschenka verspricht seinem russischen Amtskollegen Putin in einem gemeinsamen Telefonat der drei Staatsoberhäupter der Zollunion, dass Belarus volle Transparenz an der belarussisch-russischen Grenze gewährleisten werde, um die Einhaltung des von Russland am 6. Juli eingeführte Einfuhrverbots für Lebensmittel und andere Waren zu sichern, welches Russland als Antwort auf die Sanktionen der EU und anderer westlicher Staaten verhängt hat.
07.08.2014	In Babrujsk erklärt ein Gericht die Kündigung der Aktivistin der Partei »Belarussische Christliche Demokratie« Swjatlana Hrysenka für nicht rechtskräftig. Hrysenka war am 4. Juli mit Verweis auf ihre Beteiligung an den Lokalwahlen im März entlassen worden.
11.08.2014	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, die Zahl der Staatsbediensteten müsse um die Hälfte reduziert werden, um eine effektive Arbeit des Staatsapparats zu gewährleisten.
12.–13.08.2014	Präsident Lukaschenka bespricht in mehreren Telefonaten mit dem ukrainischen Präsidenten (12. August) und den Präsidenten Russlands und Kasachstans (13. August) die Möglichkeit eines Treffens aller Staatsoberhäupter in Minsk, um u. a. die Handelsprobleme zu diskutieren, die als Folge der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU zu erwarten sind.
18.08.2014	Der Leiter des Aufsichtsrates der russischen Landwirtschaft Sergej Dankwert wirft Belarus vor, die russischen Sanktionen gegen die EU-Staaten durch den Weiterexport von verbotenen Lebensmitteln nach Russland auszuhebeln. Die belarussische Seite widerspricht dem Vorwurf. Die Zolldienste beider Staaten entwickeln daraufhin gemeinsame Maßnahmen, um den Weiterexport der sanktionierten Waren nach Russland zu verhindern.
23.–24.08.2014	Eine Delegation unter Leitung von Außenminister Uladsimir Makej hält sich zum ersten hochrangigen Staatsbesuch seit 2003 im Irak auf. Bei den Gesprächen mit Präsident Mohammed Fuad Masum und Ministerpräsident Nuri Kamil Muhammed Hasan al-Malik geht es insbesondere um die Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation und den allgemeinen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.
24.08.2014	Aljaksandr Lukaschenka gratuliert seinen ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko zum Unabhängigkeitstag und betont die Wichtigkeit der jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte beider Völker.
25.08.2014	Der Leiter der informellen politischen Jugendgruppe »Smena« Pawel Winahradau wird wegen »leichtem Hooliganismus« zu 10 Tagen Haft verurteilt. Die Aktivisten der Gruppe hatten am 24. August 100 weiß-rot-weiße Fahnen in der Hauptstadt und der Region Minsk aufgehängt.
26.08.2014	In Minsk kommt es zu einem Gipfeltreffen zwischen den Staatsoberhäuptern der Zollunion, hochrangigen Vertretern der EU-Kommission und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Fragen zur Regulierung der Ukraine-Krise sowie zur Vermeidung von Handelsproblemen als Folge der Unterzeichnung des EU-Assoziationsabkommens durch die Ukraine. Zudem findet ein bilaterales Gespräch von Petro Poroschenko und Wladimir Putin statt.

30.08.2014	Präsident Lukschenka unterzeichnet einen Erlass, um die Aufenthaltsregeln für Flüchtlinge aus der Ostukraine zu erleichtern.
01.09.2014	Die im Juni gebildete Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise im Osten der Ukraine tagt zum zweiten Mal in Minsk. An den Gesprächen beteiligen sich erneut die OSZE-Beauftragte Adelheit Tagiliavini, der ehemalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der russische Botschafter in der Ukraine Michail Surabow sowie Vertreter der Donezker und Luhansker Separatisten.
04.09.2014	Der belarussisch-chinesische Regierungsausschuss für Zusammenarbeit tagt zum ersten Mal in Peking. Die belarussische Delegation wird vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Anatoli Tosik geleitet. Beide Seiten einigen sich u. a. auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Kredit- und Finanzbereich sowie die Förderung des belarussisch-chinesischen Industrieparks.
05.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise trifft sich in bisheriger Zusammensetzung zum dritten Mal in Minsk. Im Ergebnis unterzeichnen die Teilnehmer ein Protokoll über Waffenruhe und einigen sich auf eine Reihe von Schritten zur Wiederherstellung des Friedens im Osten der Ukraine.
07.–13.09.2014	Außenminister Uladsimir Makej hält sich zu offiziellen Arbeitsbesuchen in Nigeria und der Südafrikanischen Republik auf und trifft sich u. a. mit den Präsidenten beider Staaten. Während seines Aufenthalts in Nigeria erklärt Makej, Belarus setze verstärkt auf den Ausbau der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Verbündeten in Afrika. Nigeria öffne dabei für Belarus ein Fenster in die westafrikanische Region.
08.–09.09.2014	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschyna nimmt in Baku am Treffen der Außenminister im Rahmen der Östlichen Partnerschaftsinitiative der EU teil.
08.–11.09.2014	Eine US-amerikanische Regierungsdelegation hält sich zu Gesprächen mit Vertretern von Regierung und Zivilgesellschaft in Minsk auf.
09.09.2014	Nach Angaben des Regionalvertreters des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Belarus, Moldau und der Ukraine befinden sich in Belarus derzeit über 25.000 Flüchtlinge aus der Ostukraine.
15.–16.09.2014	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien Dunja Mijatović hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Minsk auf. Zu ihren Gesprächspartnern gehören Außenminister Uladsimir Makej, Informationsministerin Lilija Ananitsch sowie Vertreter der Zivilgesellschaft. Mijatović begrüßt die Fortsetzung des Dialogs mit den belarussischen Behörden, äußert sich jedoch besorgt über die Lage der Medienfreiheit in Belarus.
15.09.2014	Belarussische NGOs reichen ihren alternativen Bericht zur Vereinigungsfreiheit und zur Lage von NRO beim UN-Menschenrechtsrat ein.
15.–17.09.2014	Die Vizepräsidentin der Weltbank für die Region Europa und Zentralasien Laura Tuck erklärt bei einem Arbeitsbesuch in Minsk, die Weltbank sei insgesamt mit der Durchführung ihrer Infrastrukturprojekte in Belarus zufrieden.
16.09.2014	Das US-Außenministerium schlägt der belarussischen Regierung anlässlich des 15. Jahrestages des Verschwindens des Oppositionspolitikers Wiktar Hantschar und des Geschäftsmann Anatol Krasouski vor, die am folgenden Tag auslaufende Verjährungsfrist für die gerichtliche Untersuchung der beiden Fälle zu verlängern. Das Schicksal von Hantschar und Krasouski sowie die Verantwortlichen für ihr Verschwinden sind bis heute ungeklärt.
17.09.2014	Die NRO Human Rights Watsch (HRW) reicht ihre Empfehlungen bezüglich Belarus beim UN-Menschenrechtsrat im Rahmen der Universellen Periodischen Berichterstattung (UPR) ein. Der HRW zufolge hat sich die Menschenrechtsslage in Belarus seit 2010 wesentlich verschlechtert.
19.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt zum vierten Mal in Minsk. Zum Abschluss des Treffens wird ein Memorandum über den Rückzug der Truppen sowie die Einrichtung einer Pufferzone in der Ostukraine unterzeichnet. Des Weiteren soll eine OSZE-Beobachtungsmission entlang der ukrainisch-russischen Grenze zur Überwachung der Waffenruhe eingesetzt werden.
19.09.2014	Belarus und Israel unterzeichnen ein Regierungsabkommen über die Abschaffung der Visumpflicht.
22.09.2014	Eine Delegation unter Leitung von Ministerpräsident Mjasnikowitsch beteiligt sich am ersten belarussisch-amerikanischen Investitionsforum in New York. Mjasnikowitsch äußert anlässlich des Forums die Hoffnung auf einen Neustart der Beziehungen zwischen Belarus und den USA und betont die Bereitschaft seitens Belarus, das Investitionsklima für US-Unternehmen möglichst attraktiv zu gestalten.
22.–26.09.2014	Eine Delegation des Vorstandes der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Minsk auf. Zu ihren Gesprächspartnern gehören u. a. Ministerpräsident Mjasnikowitsch und Nationalbankchefin Nadseja Jarmakowa. Dem Direktor der EBRD für Irland, Dänemark, Kosovo und Litauen Shaun Dalton zufolge ist die Bank mit ihren Projekten in Belarus zufrieden. Jedoch ruft die EBRD zu tiefgehenden Strukturereformen in Belarus auf.

23.09.2014	Der Aufsichtsrat der russischen Landwirtschaft erklärt, er habe in mehreren russischen Einkaufszentren Waren entdeckt, die unter das in Reaktion auf westliche Sanktionen verhängte russische Einfuhrverbot fallen. Den russischen Angaben zufolge wurden bereits über 80 Versuche, verbotene Lebensmittel aus Europa über Belarus nach Russland zu schmuggeln, entdeckt.
23.09.2014	Der Europäische Gerichtshof erklärt das von der EU 2011 gegen Aljaksėj Michaltschanka, einem Journalisten des staatlichen Fernsehsenders ONT, verhängte Einreiseverbot sowie die Sperrung seiner Vermögenswerte für ungültig. Das Gericht begründet seinen Beschluss damit, dass die EU keine ausreichenden Nachweise erbracht habe, dass der Journalist über eine einflussreiche Position in den staatlichen Medien verfüge. Zudem habe für Michaltschanka keine Möglichkeit bestanden, sich bei der Verlängerung der Sanktionen 2012 zu verteidigen.
23.–24.09.2014	Eine belarussische Delegation unter Leitung von Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch nimmt in New York am UN-Klimagipfel teil. Mjasnikowitsch führt Gespräche u. a. mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und der Leiterin des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) Helen Clark.
24.09.2014	Das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) äußert sich in einem Hintergrundpapier zur Todesstrafe darüber besorgt, dass Belarus und die USA die einzigen OSZE-Mitgliedstaaten sind, welche die Todesstrafe vollstrecken. In 2014 kam die Todesstrafe in Belarus bisher zweimal zur Anwendung.
24.09.2014	In Minsk wird der Aktivistin der Bewegung »Für die Freiheit« Tatsjana Hrytschanikawa eine Kundgebung vor der russischen Botschaft untersagt, bei der zur Einhaltung der Waffenruhe in der Ukraine aufgerufen werden sollte. Einige Tage früher hatten zwei weitere Aktivistinnen der Bewegung ebenfalls Absagen von den Behörden erhalten.
24.–25.09.2014	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich während seines Arbeitsbesuchs in der moldawischen Hauptstadt Chisinau u. a. mit Präsident Nicolae Timofti und Parlamentariern. Der moldauische Parlamentssprecher erklärt, dass Moldowa ungeachtet seines Strebens nach Assoziation mit der EU an der Beibehaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten interessiert sei.
25.09.2014	Papst Franziskus betont bei einer Audienz für den Apostolischen Nuntius in Belarus Claudio Gugerotti in Rom die wichtige Rolle von Belarus bei der Wiederherstellung des Friedens in der Ostukraine.
25.09.2014	Die Journalistin Maryna Maltšanawa wird von einem Babrujsker Gericht für ihre Kooperation mit dem in Belarus nicht-akkreditierten Fernsehsender »Belsat« zu einer Geldstrafe in Höhe von 4,8 Millionen Rubel verurteilt.
26.09.2014	Während seines Treffens mit den Abgeordneten des Repräsentantenhauses der belarussischen Nationalversammlung ruft Aljaksandr Lukaschenka dazu auf, der belarussischen Sprache in den Schulen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.
29.09.– 01.10.2014	Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der 69. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York teil. Belarus tritt im Rahmen der UN-Sitzungsperiode als Initiator einer hochrangigen Diskussionsveranstaltung zum Kinderschutz auf.
29.09.– 01.10.2014	Eine Delegation unter Leitung der stellvertretenden Außenministerin Aljona Kuptschyna hält sich für die 3. Gesprächsrunde zwischen Belarus und der EU zu Modernisierungsfragen im Rahmen der sog. Interimsphase in Brüssel auf.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahm (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>